

triebe haben neue Sozialkörper geschaffen, nämlich ein Proletariat, welches alsbald mit kapitalistischen Interessen kollidieren mußte. So sehen wir, daß heute die Bewegung für die nationale Unabhängigkeit sich überall mit der Massenbewegung der Arbeiterschaft kombiniert. Da die Unternehmer vielfach Fremde sind, allerdings durchaus nicht in der Majorität Fremde, so erhält die nationale Bewegung ein soziales Gesicht. Im industriellen Zeitalter sind ja Massenbewegungen ohne ausgesprochenen sozialen Charakter unmöglich.

Heute kreuzen sich in der chinesischen Unabhängigkeitsbewegung zahlreiche Strömungen. Das Profitstreben der chinesischen Unternehmer, welche gern das Geschäft ganz an sich reißen möchten, die nationale Tendenz, welche die Vorrechte der Ausländer, besonders ihren privilegierten Gerichtsstand beseitigen möchte; Reformierungen, welche auf die Erweckung des Volkes zum Staatsbewußtsein und die Schaffung einer Demokratie nach amerikanischem oder englischem Muster abzielen, endlich sozialistisch-aktivistische Tendenzen, die aus der Grundidee des Sozialismus heraus nach neuen Forderungen rationaler Wirtschaft auf gemeinwirtschaftlicher Basis suchen — all diese Bestrebungen sind heute darin einig, zunächst den fremden Einfluß zu verringern, wenn möglich ganz auszuschließen. Daher der Boykott fremder Waren, als schärfstes Druckmittel gegen die politischen Positionen der europäischen Staaten.

Diese Boykottbewegung ist sehr ernst zu nehmen. Man darf nicht in den Fehler verfallen, sie einer europäischen Bewegung dieser Art gleichzustellen, welche alsbald abflaut. Denn in Europa sind allerdings ursprüngliche Organisationsformen der Gesellschaft im Industrialisierungsprozeß wirklich aufgelöst worden. Jeder kauft die Ware dort, wo er sie am billigsten findet, und daher sind in Europa selbst die groß angelegten nationalen Boykottbewegungen wirkungslos geblieben. (Zum Beispiel im alten Oesterreich.) Anders in Asien, dessen Völker ihre alten Organisationsformen erhalten haben. Der Mensch handelt dort immer in der Gruppe und daher ist organisiertes Gruppenhandeln nicht eine moderne und künstliche Erscheinung, sondern im Gegenteil die Natur- und Ursform des menschlichen Handelns überhaupt. Oft sprechen sich die tiefsten Instinkte der Völker in diesem Handeln aus und das ökonomische Interesse ist nicht in der gleichen intensiven Weise als in Europa stets bestimmend.

Diese Bewegungen, welche in ihren letzten Zielen auf einen engen politischen Zusammenschluß der asiatischen Völker abzielen, unter Führung oder mindestens mit starkem Gewicht Russlands, sympathisieren zugleich mit den analogen Strömungen in Afrika. Da man nicht erwarten kann, daß die Weltmächte diese Umlagerungen der politischen ökonomischen Gewichte anerkennen, so ist vorerst mit langwierigen Veränderungen zu rechnen, die sich auf den Weltmärkten in Absatzstörungen umsetzen müssen. Zu all den vielen Störungen durch den Krieg, der Schaffung einer großen Rüstungsindustrie, der Verschiebung der Kaufkraft in der Weltwirtschaft, der Geldwerdifferenzen, kommt nun noch ein weiterer Herd der Unsicherheit und der Unruhe. Aufs neue zeigt sich, daß der Weltkrieg in der Tat die entscheidende Krise des kapitalistischen Wirtschaftssystems ausgelöst hat. Um so mehr wird es notwendig, die europäischen Nationen zu einem einheitlichen Wirtschaftskörper zusammenzufassen, so wie die Entstehung neuer Weltmächte den politischen Zusammenschluß Europas zu einem Postulat des gesunden Menschenverstandes macht. Nicht zu einem aggressiven Zusammenschluß, sondern zu einer organisierten Zusammenfassung, welche alle Reibungsverluste aus den überflüssigen Rivalitäten, alle Schwächungen und Störungen aus der heute absurd gewordenen Machtstaatspolitik aufhebt.

Das Erwachen der asiatischen Nationen, für welches die Massenbewegung in China das weithin sichtbare Signal ist, ist eine Bedrohung Europas. Wir können nicht von einer „gelben Gefahr“ sprechen, weil nunmehr die asiatischen Völker

die Parole aufgenommen haben: Asien den Asiaten! und weil sie nunmehr die Ziele, um welche der Weltkrieg geführt wurde, nämlich das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, zu ihrem Kampferz gemacht haben. Demgegenüber kann der europäische Zusammenschluß nur der selbstverständliche Ausdruck dafür sein, daß in einer Organisation großer und größter Wirtschaftsgebiete, die sich in der Welt allmählich durchsetzt, das europäische Zwergstaatenystem keinen Sinn mehr hat. Da diese Organisationsprobleme der Staaten zugleich Organisationsprobleme der Wirtschaft sind, so sieht man deutlich, wie der Gedanke des Sozialismus auch durch diese Etappe zu immer größerer praktischer Bedeutung gelangen muß. Denn mehr noch als innerhalb einer staatlichen Organisation muß in einer zwischenstaatlichen, den europäischen Kontinent umfassenden Gruppierung von Völkern verschiedener Kultur irgendeine Zusammenfassung der wertvollsten Kräfte gefunden werden, um überhaupt eine gemeinsame Basis und eine Garantie des Zusammenhalts zu gewinnen. Nicht durch Verträge der Regierung allein, sondern nur durch ein allseitiges lebendiges Interesse der Völker und durch gemeinsame Lösung ihrer vitalen Probleme kann eine solche europäische reale Staatengemeinschaft entstehen.

Jedenfalls haben die europäischen Nationen allen Anlaß, die Ereignisse im fernen Osten mit größter Aufmerksamkeit zu verfolgen und sich die Rückwirkungen derselben auf ihre eigene Lage klarzumachen. Diese bestehen vor allem darin, daß die asiatischen Völker versuchen werden, sich auf die eigenen Kräfte zu stellen. Solche nationale Bewegungen sind erfahrungsgemäß auf die Dauer mit einem Steigen der Produktion und einer Erhöhung der Lebensansprüche verbunden. Daraus folgt, daß sie die europäischen Völker viele Vorteile verlieren müssen, die ihnen heute noch aus der niedrigen Lebenshaltung der asiatischen Völker zufließen. Und um so notwendiger ist es, die überflüssigen Verschwendungen der europäischen Politik zu vermeiden und den großen Wirtschaftsgebieten der Erde ein ebenbürtiges europäisches Gegenüberzustellen, dessen Leistungsfähigkeit trotz der dichten Bevölkerung noch auf allen Gebieten sehr erheblich gesteigert werden kann. Eine solche Organisation, die sich früher als manche denken notwendig erweisen könnte, wird aber nur in Gemeinschaft mit den wertvollsten Massen und getragen von dem lebendigsten Interesse geschaffen werden.

Freispruch in Leipzig.

Der milde Staatsgerichtshof.

Leipzig, 26. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Im zweiten Rathenau-Prozess wurde heute abend das Urteil verkündet. Der Gerichtshof hat sich hinsichtlich des Angeklagten Käthe meißler dem Antrag des Reichsanwalts angeschlossen und auf Freisprechung erkannt. Bei dem Angeklagten Brandt wurde nicht Beihilfe zum Mord, sondern Vergehen gegen § 139 des StGB. angenommen, so daß nicht auf Zuchthaus, sondern auf Gefängnisstrafe zu erkennen war. Hinsichtlich der Länge der Strafe ist der Gerichtshof über den Antrag des Reichsanwalts hinausgegangen und hat auf vier Jahre Gefängnis erkannt. Wegen unbefugten Waffenbesitzes wurde der Angeklagte Brandt außerdem zu 500 M. Geldstrafe verurteilt. Die Geldstrafe sowie ein Jahr Gefängnis gelten als durch die ersttutige Unterjuchungshaft als verbüßt.

Dieser Freispruch des Staatsgerichtshofes — denn darum handelt es sich — ist nur ein neues Glied in der endlosen Kette ununterbrochener Herausforderungen des Rechtsempfindens des Volkes. Nach der famosen Rede des Anklagevertreters war dieser Ausgang der Verhandlung, die dadurch zur Komödie wurde, zu erwarten. Die deutschen Richter haben längst aufgehört, im Volke irgendwelches Vertrauen zu genießen. Es wird kaum ein einziger Spruch eines Gerichtes in politischen Prozessen auch nur einen Verteidiger finden. Die deutschen Richter scheinen nicht zu begreifen, daß sie durch ihre Art der Rechtsprechung Deutsch-

lands Ansehen als das eines Rechtsstaates in der ganzen Welt empfindlich schädigen und daß sie bei den Massen des Volkes ein Mißtrauen hervorrufen, das ihnen noch einmal teuer zu stehen kommen wird.

Westarp im Kleiderschrank.

Spanische Verlegenheiten der Deutschnationalen.

Die Geschäftsordnungsdebatte, die sich gestern abend im Reichstag um die Regierungserklärung über den deutsch-spanischen Handelsvertrag herum abspielte, war so lehrreich, daß sie noch ausführlicher, als dies im zusammenfassenden Bericht in der Beilage dieses Blattes geschehen kann, gewürdigt zu werden verdient.

Das diabolische Spiel, das die Völkischen am Tage zuvor mit den Deutschnationalen begonnen hatten, wurde von ihnen gestern fortgesetzt. Nach der in der Hauptfrage nichtsagenden Auskunft des Regierungsvortreters bestieg Herr v. Graefe die Tribüne, um zu erklären, daß die sofortige Beratung des deutschnationalen Antrags nun erst recht notwendig geworden sei. Väterliche Verlegenheit der Deutschnationalen! Reichstagspräsident Lobe stellte darauf fest, daß bisher kein Widerspruch gegen den Vorschlag Grafes laut geworden sei, daß also in die Debatte eingetreten werden müsse.

Im nächsten Augenblick sah man Herrn Schulz-Bromberg heftig gestikulierend und protestierend zum Präsidenten laufen. Man sah, wie sich der Mund bewegte, aber die Worte blieben im allgemeinen Gesächter unverständlich. Als sich der Sturm gelegt hatte, verkündete Lobe, daß Widerspruch erhoben sei und daß daher abgestimmt werden müsse.

Für die Fortsetzung der Debatte stimmten die Linke einschließlich der Demokraten und der Völkischen, dagegen die übrigen Parteien einschließlich der Deutschnationalen.

Nunmehr unternahm die Völkischen einen neuen Vorstoß, um wenigstens am folgenden Tage, also heute, eine Debatte über den deutschnationalen Antrag, dieses von seinen Vätern so hartnäckig verleugnete Kind, herbeizuführen. Von verschiedenen Seiten wurde den Deutschnationalen klargemacht, wie entsetzlich sie sich dadurch blamierten, daß sie gegen die Beratung ihres eigenen Antrages, den deutsch-spanischen Handelsvertrag sofort wieder zu kündigen, einen solchen Verzweiflungskampf führten.

Am Baufe dieser Debatte führte Genosse Dittmann aus: „Der Vorwärts“ hat heute morgen ein schönes Bild gebracht: Graf Westarp im Kleiderschrank. Ich vermute, er wird dieses Bild noch oft wiederholen müssen, wenn die Deutschnationale Partei bei jeder Gelegenheit neue Rückzüge in den Kleiderschrank ausführt.“

Dieses Wortes folgte stürmische Heiterkeit, die geradezu endlos wurde, als gleich darauf Graf Westarp das Wort ergriff. „Kleiderschrank! Kleiderschrank!“ Dieser Jurost konnte ihm hundertstimmig entgegen. Westarp erklärte, es liege jetzt im Interesse der Winger, den deutschnationalen Antrag nicht zu beraten. Warum er aber dann erst gestellt wurde, das erklärte er nicht.

Schließlich stimmten die Deutschnationalen mit der Mehrheit auch gegen die Beratung am heutigen Tage und bereiteten damit ihrem Antrag ein Narrenbegräbnis erster Klasse.

Wie wir zuverlässig erfahren, beabsichtigen nunmehr die Wingerverbände, nach dem Vorbild der Später und Hypothekengläubiger bei der deutschnationalen Fraktion im Reichstag vorstellig zu werden.

Deutschnationale Angst vor Dr. Best.

Der Fluch der bösen Tat.

Zu einer ergötzlichen Szene kam es gestern früh im Vorkomitee des Reichstags, der sich mit der Neuorganisation der Ausschüsse befassen mußte, nachdem die Rechtsmehrheit des Reichstags einen neuen Verteilungsschlüssel für die Besetzung der Kommissionen beschlossen hatte. Genosse Dittmann verlangte für alle Ausschüsse die Möglichkeit der Neubesehung. Dem wurde von der Rechtsmehrheit entgegengehalten, daß eine Neubesehung erst an der 16. Stelle erforderlich sei, an der die neugebildete völkische Fraktion das Recht habe, den Vorsitzenden zu stellen. Als dann aber

Im Parke.

Von Hans Wejemann.

Um den Musikpavillon herum sitzen die diversen Kaffeekränzchen und genießen Verdi mit Schlagobse. Auf der Allee flanieren die jungen Leute, im Bewußtsein ihrer Bügelfalten jungen Göttern gleich. Das Kinderlärmeln liest ihren Roman und ruft dabei mechanisch „Kartchen“. Kartchen kommt aber nicht, mit der einen Hand bohrt er in der Nase, mit der anderen reißt er seine Schweißperle am Joppe. Ein erboster Parkwächter droht vergebens einem respektlosen Dobermann, der vor einem Tulpenbeete sein Bein hebt.

Die beiden Studenten aber sitzen auf einer Bank und lösen das soziale Problem. Mit jenem schönen Eifer, wie man ihn im ersten Semester hat, wenn man sein erstes Referat im Seminar gehalten hat. „Die soziale Frage ist eine rein materielle“, sagt der erste, „man muß sie hart und unerbittlich ansprechen. Kein solches Mitleid, der Arme hält sich nur deshalb für unglücklich, weil er es ihm gesagt haben. Kein Almosen mehr, keine Sentimentalität. Die Kräfte muß geschwungen werden, ein Diktator muß her.“

„Ja, ich weiß, du hast heute morgen den Artikel im völkischen „Brüllaffen“ gelesen“, unterdrückt ihn der zweite, „aber warum sagst du das alles? Gewalt ist sinnlos. Güte brauchen wir. Die große Hingebung der Herzen, das bereite Mitleid. Selen wir nicht zu klug, seien wir ganz einfach gut und hilfsbereit, wie alle anderen einfachen Menschen. Ich, mich eckelt eure Selbstsicherheit und eure spöttische Kritik an allem und nichts. ... Alles will ich fortgeben an meine armen Brüder, ganz ihr Leben mit ihnen teilen, ganz eins mit ihnen werden. ... Wie sagt doch Werfel: Erst wenn ein Mensch verging, in jedem Tier und Ding — zu lieben er anfing.“

Er ist aufgesprungen und spricht mit ziemlichlicher Begeisterung. Da kommt unpassenderweise ein Mann mit aufgeplaktem Stiefeln, der auch sonst so aussieht, als ob er seit einer Woche nicht richtig zu Mittag gegessen hätte. Und dieser Mann hat solch hungrigen Blick — direkt unangenehm.

Trotzdem hätte unser Student ihm etwas gegeben, aber zur rechten Zeit fällt ihm ein, daß er nur noch eine gepumpte Mark bei sich hat und heute Abend muß er mit seiner Freundin Schokoladeneis essen. Also spricht er lieber von etwas anderem. ...

Es ist nicht ganz so einfach, das soziale Problem zu lösen, wenn man sein eigenes noch nicht bereinigt hat.

Staatsoper. In der dem 1. Teil ab in der Oper am Königsplatz zur Aufhebung kommenden Operette „Der Stern von Asien“ werden beschäftigt sein die Damen Hanna Marina, Almi Bejeler, Ida Berru und die Herren Erich Deutschhaupt, Siegfried Arno, Gustav Horden, Toni Zimmerer, Erich Bartels und Hans Boller. Dir.: Kurt Guttmann, Regie: Axel Golt. Die Eintrittskarten be- rechtigen auch zum Besuch des Kongressgartens anher an Sonntagen und bei besonderen Veranstaltungen. Sonntagsauf- läufig an den üblichen Verkaufsstellen der Staatsoper.

Die Hohenzöllner.

Wenn es ging, in einem Tage hätte man die Zollvorlage Durch den Reichstagswahl gedreht. Und die hohen Jagdminister Zogen sämtliche Register, Was man meisterhaft versteht. Das Kapital braucht jeden Groschen. Deshalb wird hier hinterrücks Durchgedroschen, durchgedroschen! Eins zwei sit!

Diese Güter sind uns heilig. Darum hat man's riesig eilig. Doch, verfuhr man auch sehr stramm, Statt auf sanfte Kompromisse Stieß man gleich auf Hindernisse. So was stand nicht im Programm. Speichel war umsonst geflossen. Ja, wir kennen eure Trübs. Ausgeschlossen! Ausgeschlossen! Eins zwei sit!

Will der Kuli nicht mehr blechen, Na, dann: Biegen oder brechen! — Herrschaft, immer biegt K's nicht! Zieht nur fest am alten Strange, Einmal biegt ihr doch so lange, Bis der ganze Bogen bricht. — Die sich heut noch an der Macht fehr, Die sind morgen manchmal nig. — Denkt an neunzehnhundertachtzehn! Eins zwei sit!

Ein neues Heilmittel bei Rachitis. Im Kampfe gegen die Rachitis (englische Kränkheit), die leider unter den Kindern immer noch sehr stark ausgebreitet ist, haben sich zwei Behandlungsarten besonders gut bewährt: die Verabreichung von Lebertran und die Bestrahlung mit der Quarzlampe, welche die heilsamen ultravioletten Strahlen emittiert. Worauf ist nun die Wirkung dieser Strahlenart und des Lebertranks zurückzuführen? Diese Frage hat schon viele Gelehrte beschäftigt. Sie forschten auch insbesondere danach, ob die Heilwirkung der ultravioletten Strahlen und des Lebertranks auf dieselbe Ursache zurückzuführen sei. Prof. Hef in New York machte nun unlängst einen wichtigen Versuch. Er gab Ratten, die eine bestimmte Kost erhielten, welche stets eine rachitische Erkrankung der Tiere zur Folge hatte, in geringem Maße Baumwoll- oder Leinwandöl, das von einer Quarzlampe bestrahlt war. Hierdurch wurde der Ausbruch der Rachitis verhindert. Prof. Hef machte auch noch eine andere wesentliche Wahrnehmung: das bestrahlte Öl nahm einen Geruch an, der an Lebertran erinnerte. Der Oberarzt der Heibelberger Universitäts-Kinderklinik, Privatdozent Dr. Görgen, hat nun vor kurzem, wie er in der

„Klinischen Wochenschrift“ mitteilt, ausgehend von diesen Versuchen neue Wege beschritten, um die Eigenart der Heilwirkung der ultravioletten Strahlen und des Lebertranks zu erkennen. Es gelang ihm, wichtige Feststellungen zu machen, die möglicherweise für die künftige Behandlung rachitischer Kinder von großer Bedeutung sein werden. Rohes und ausgekochte Frauenmilch und Kuhmilch wurden bestrahlt, derart, daß man Milchverdünnungen in Gefäßen mit großer Oberfläche auf $\frac{1}{2}$ bis 1 Stunde unter die Höhensonne stellte. Die Proben wurden dann rachitischen Säuglingen verabreicht; jede weitere Behandlung unterblieb. Die bestrahlte Milch, die einen trüblichen Geschmack und Geruch annahm, wurde von den Kindern gut genommen und vertragen. Und siehe da: in weitaus den meisten Fällen gelang es mit Hilfe dieser Ernährung mit bestrahlter Milch die rachitische Erkrankung der Kinder einer starken Besserung bzw. Heilung entgegenzuführen. Die Behandlung dauerte meist 4 bis 6 Wochen, manchmal nur 14 Tage. Jedenfalls ist es durch die Görgenschen Versuche erwiesen, daß die Milch infolge Bestrahlung fähig ist, die Rachitis zu heilen, die sich in einer günstigen Beeinflussung der rachitischen Stoffwechselstörungen kundgeben. Den weiteren in Aussicht gestellten Veröffentlichungen Dr. Görgens über seine Versuche und Kurserfolge mit bestrahlter Milch wird man allgemein mit großem Interesse entgegensehen müssen, da sie sowohl aus medizinischen wie auch aus volkswirtschaftlichen Gründen in hohem Grade Beachtung verdienen.

Dr. med. Alfred Korach.

Ein Bild auf die Schätze der Romanows. Die Sowjet-Regierung veranfaltete vor kurzem in Moskau eine Ausstellung, der Zumeinsten des Jarenhauses Romanow für das gesamte in Moskau akkreditierte diplomatische Korps. Ein großer runder Tisch war mit Kostbarkeiten bedeckt, die jedoch nur einen geringen Teil des Romanowschatzes bildeten, der bekanntlich die größte Zumeinsten der Welt darstellt. Die „Rote Zeitung“ beschreibt das wunderbare Bild der unschätzbaren Juwelen, die mit ihrem Glanz Auge und Sinne blendeten. Auf dem Tisch lag unter anderem die schwere Brillantkrone Katharinas der Großen, ferner das Zepier ihres Favoriten Orlov, das einen Brillanten von ungeheurer Größe und Reinheit enthält, dann eine Brosche mit einem Saphir, der so groß ist wie eine Walnuß, ein Baret aus Brillanten, sowie unzählige Kronen, Halsbänder und Tabakdosen, alles mit den schönsten Edelsteinen geschmückt. Auch die Diademe, die der letzte Zar der Zarin zu Ostern zu schenken pflegte, waren zu sehen. Diese Eier sind ein Wunder der Juwelierekunst. In dem einen, das von Brillanten besetzt ist, befindet sich das Modell des Moskauer Kremls mit dem Ispanski-Dom, durch dessen Fenster man die Priester und die betende Gemeinde sehen kann. Ein Meisterwerk ist auch ein goldener Strich mit Blättern aus farbigen Edelsteinen und Blumen aus Brillanten. Man drückt auf einen Knopf, und eine kleine Nachtigall aus Saphiren steigt heraus, flattert mit den Flügeln und singt ein Liedchen. Die Juwelenstücke der Romanows sind während der Revolution von den Bolschewisten beschlagnahmt worden und gehören jetzt zu dem „Nationalisierten Brillantenschatz“ der Sowjet-Regierung.

Der deutsche Anthropologe. Die Mitglieder der Deutschen Anthropologischen Gesellschaft, ihrer Zweigvereine und die Freunde der anthropologischen Forschung versammelten sich vom 1. bis 4. August in Halle.

der völkische Abg. Henning erklärte, diesem Vorschlag entsprechend, Anspruch auf den 18. Ausschuss, den Aufwertungsausschuss, zu erheben, damit der Abgeordnete Dr. Best dort den Vorschlag übernehmen könne, belamen es die Bestiar und Schulz-Bromberg mit der Angst, Genosse Dittmann wies sie darauf hin, daß sie diese Situation ja durch das Hinussgrauen des Herrn Dr. Best aus der deutschnationalen Fraktion selber heraufbeschworen haben. Jetzt erkläre den Herren Bestiar und Schulz plötzlich der zuerst von ihnen verworfene Antrag des Genossen Dittmann er-wägungswert, von vorn an alle Ausschüsse neu zu befehen, weil sie dann die Möglichkeit haben, den Vorschlag im Aufwertungsausschuss vorher für sich zu beanspruchen, ehe die Völkischen das Recht auf einen Sitz haben. Aus ihrer Verlegenheit suchten sie sich schließlich durch den Antrag zu retten, daß der — Unterausschuss des Kellertestaments nach einem — neuen Schlüssel für die Vorfälle der nichtständigen Ausschüsse suchen solle! So wurde beschlossen, und damit zunächst das Schreckliche verhindert, daß Dr. Best den Vorschlag im Aufwertungsausschuss übernimmt!

Allmählich wirkt die Angst der Bestiar und Genossen vor ihrem bisherigen Fraktionsmitglied Dr. Best geradezu grotesk und lächerlich.

Die Anleihe-Aufwertung.

Ein richtiges Prinzip verunstaltet.

Da den von den sozialdemokratischen Vertretern im Aufwertungsausschuss gestellten Anträgen war der Gedanke einer Begrenzung der Aufwertung bei den großen Anleihebesitzern enthalten. Nach Ablehnung dieser Anträge sahen sich die Kompromißparteien veranlaßt, diesem Prinzip ein kleines Zugeständnis zu machen. Sie beantragten folgende Zustimmung:

„Erhält ein Anleihebesitzer im Umtausch zu seinen Altbesitzanleihen mehr als 25000 Reichsmark Kennbetrag der Anleiheablosungsschuld, so sind ihm, sofern er eine natürliche Person ist, für die ersten 50000 Reichsmark des Reichtbetrags auf je 2000 Reichsmark, für die nächsten 50000 Reichsmark auf je 3000 Reichsmark, für die weiteren Beträge auf je 4000 Reichsmark, die Anleiheablosungsschuld Auslosungsrechte im Kennbetrage von 1000 Reichsmark zu gewähren.“

Für den Laien verständlich dargestellt bedeutet das, daß ein großer Reichsgläubiger mit den ersten 50000 M. Anleihe zu 100 Prozent, mit der nächsten 100000 zu 50 Proz., mit der folgenden Million zu 33 1/3 Proz., mit den weiteren Reichtbeträgen zu 25 Proz. an der Umwandlung der Anleihe und damit an der Aufwertung teilnimmt. Für die Sozialdemokratie erklärte Abg. Reil, sie stimme im Prinzip dem von ihr selbst angeregten Gedanken der Degression zu, halte die Ausgestaltung aber für vollkommen ungenügend. Die Staffelung müsse schon bei kleinerem Besitz beginnen und sich schärfer auswirken. Die durch diese Staffelung erzielte Ersparnis müsse dem Anleihebesonderfonds zuzuführen. Die Staffelung dürfe nicht nur für natürliche, sondern müsse auch für die juristischen Personen gelten. Mit diesen Vorbehalten für die weitere Beratung wurde der Antrag der Regierungsparteien angenommen.

Der Ausschuss beschäftigte sich weiter mit dem Abschnitt für die Aufwertung der Länderanleihen, dazu lagen von den Regierungsparteien neue Anträge vor, wonach den Gläubigern eine Mindestaufwertung in der Höhe der Aufwertung der Reichsschulden gewährt, den Ländern, aber freigestellt wird, über diese Mindesthöhe hinauszugehen. Der grundlegende Paragraph dieser Regelung fand Annahme.

Deutschnationale Parteiangelegenheiten.

Schandal der „Nationalpost“ — Strafantrag gegen Laverrenz.

Herr Laverrenz hat sich die Antwort auf die von uns wiedergegebenen 12 Fragen einfach gemacht. Er schiebt alle Schuld auf den Geschäftsführer Rentisch, gegen den er Strafantrag gestellt hat. Herr Rentisch hat aber auch Strafantrag gestellt, und zwar gegen Herrn Laverrenz. Wir erhalten von Herrn Rentisch folgendes Schreiben:

„In der Morgenausgabe vom 25. Juni 1925, Nr. 295, haben Sie eine Publikation betreffend die Verhältnisse der „Nationalpost“ G. m. b. H. gebracht, in der neben einer Reihe von an Herrn Oberregierungsrat Laverrenz, M. d. R., gerichteten Fragen auch solche enthalten sind, welche sich auf mein Tätigkeitsbereich beziehen.“

In der Morgenausgabe vom 26. Juni 1925, Nr. 297, gibt Herr Laverrenz, M. d. R., eine Erklärung ab, in welcher er es einerseits vermeidet, persönlich zu den von Ihnen gestellten Fragen Stellung zu nehmen, andererseits aber gegenüber der Öffentlichkeit mich als den Verantwortlichen hinzustellen und mir sogar den Vorwurf strafbarer Handlungen zu machen unternimmt.

Durch dieses Verhalten des Herrn Laverrenz, M. d. R., bin ich nunmehr aus Gründen der Selbstachtung geradezu gezwungen, meinerseits die nötigen Aufklärungen zu geben.

Zunächst die Beantwortung Ihrer Fragen:

1. Es ist wahr, daß Herr Oberregierungsrat Laverrenz, M. d. R., durch Schreiben vom 17. Juni 1925 an mich und durch Schreiben seines Rechtsanwalts Dr. Riccius vom 18. Juni 1925 an meinen Rechtsbeistand die Erklärung abgegeben hat, daß die Anmeldung des Konkurses erfolgt sei, daß ich aber in der Konkursurteilung des Amtsgerichts, Berlin-Mitte, noch am Sonnabend, den 20. Juni 1925, feststellen mußte, daß eine Konkursanmeldung tatsächlich nicht eingegangen war, wie eine solche seitens des Herrn Oberregierungsrat Laverrenz, M. d. R., auch bis heute nicht vorliegt. Es ist auch richtig, daß Herr Oberregierungsrat Laverrenz, M. d. R., eine gleiche objektive unrichtige Erklärung gegenüber verschiedenen Angestellten der „Nationalpost“ G. m. b. H. abgegeben hat.

2. Es ist richtig, daß Herr Oberregierungsrat Laverrenz, M. d. R., in einer Geschäftsveranlassung vom 11. Juni 1925 den Antrag auf Widerruf meiner Bestellung zum Geschäftsführer der Gesellschaft gestellt und gemäß dieses Antrages in Gemeinschaft mit dem zweiten Geschäftsführer gegen meine Stimme gestimmt hat. Zur Begründung seines Antrages hat er wiederholt erklärt, daß meine Person der von ihm beabsichtigten Sanierung des Organs im Wege stehe.

3. Es ist richtig, daß der Landesverband Berlin der Deutschnationalen Volkspartei, dessen Vorsitzender Herr Oberregierungsrat Laverrenz, M. d. R., ist, der schwer ringenden „Nationalpost“, dadurch „in den Rücken gefallen“ ist, daß er den Unterorganisationsrat am 29. Mai 1925 die Mitteilung machte, daß die „Nationalpost“ ihr Erscheinen eingestellt habe, während tatsächlich die „Nationalpost“ bis zum 17. Juni 1925 erschienen ist.

4. Herr Oberregierungsrat Laverrenz, M. d. R., hat mit der Bezahlung der Lohnsteuer niemals zu tun gehabt, abgesehen von einem Zeitraum von 8 Tagen.

5. Die Krankentassenbeiträge sind bis auf einen Rest von 400 M. seit Bestehen der Gesellschaft bezahlt, die Invalidenrenten sind in vollem Umfange gefaßt und verwendet.

6. Es ist unrichtig, daß den Angestellten noch nicht einmal 1/2 des Raigehalts ausgezahlt ist. Richtig ist, daß von 91 Gehalts- und Lohnempfängern, 65 für Mai voll bezahlt sind, und zwar vor dem 25. Juni 1925, während die restlichen 26 Personen mehr als die Hälfte erhalten haben und mit der Stundung und ratenweisen Teilung des Restes einverstanden waren. Herr Oberregierungsrat Laverrenz, M. d. R., hat bei Eintritt seiner

Geschäftsführung am 12. Juni 1925 den Angestellten erklärt, daß er den zur Bezahlung der Gehälter und Löhne notwendigen Betrag am darauffolgenden Montag, spätestens aber Dienstag, bringen und auszahlen werde, hat dieses Versprechen aber nicht gehalten.

7. Angestellte, die auf ärztliche Anordnung hin in Urlaub gegangen wären, sind nicht bekannt geworden.

8. An die Mitarbeiter der Zeitung sind seit November 1924 31 675,60 M. Honorare gezahlt worden.

9. Der unterzeichnete Geschäftsführer bezieht kein festes Gehalt, sondern an Stelle eines solchen als Gründer der beiden Organe der Gesellschaft und als einziger arbeitender Geschäftsführer eine Beteiligung an den Einnahmen. Er hat seit dem 1. November 1924 bis 31. Mai 1925 darauf entnommen 10 150,— M., hat demgegenüber aus eigenen Mitteln zur Abdeckung von Gehältern im Monat Mai 1925 10 000 M. in bar als Darlehen gegeben, welches nunmehr verloren sein dürfte, und somit für die Arbeit seit November 1924 bisher 150,— M. vereinnahmt.

10. Es ist richtig, daß der unterzeichnete Geschäftsführer am 20. Juni 1925 die Geschäftsführung wieder übernommen hat, nachdem dies durch Nichtertragung früherer Beschlüsse in das Handelsregister aus formalen Gründen möglich geworden war und nachdem er erfahren hatte, daß während der einwöchigen Zeit der Geschäftsführung des Herrn Oberregierungsrat Laverrenz, M. d. R., Maßnahmen getroffen waren, welche die Gefahr schwerer Beeinträchtigung der für die Gläubiger bestimmten Masse befürchten ließen, während tatsächlich eine Konkursanmeldung — der notwendige Schritt zur Sicherung der Gläubiger — nie erfolgt war. Richtig ist auch, daß der Unterzeichnete Herrn Oberregierungsrat Laverrenz, M. d. R., das Betreten der Geschäftsräume untersagt hat. Eine Absicht, etwas zu verüben, hat dem Unterzeichneten, dessen erster Schritt die Konkursanmeldung war, völlig ferngelegen.

11. Es ist richtig, daß der Unterzeichnete den Konkurs am Sonnabend, den 20. Juni 1925, persönlich angemeldet hat.

12. Es ist dem Unterzeichneten zu Ohren gekommen, daß einige Angestellte sich an maßgebende Herren der Deutschnationalen Partei brieflich gewandt haben. Die Frage nach der Beantwortung kann naturgemäß der Unterzeichnete nicht beantworten.

Der Unterzeichnete hat als Schatzmeister der Dnat. niemals Papiergeschäfte für die „Nationalpost“ getätigt, dagegen natürlich als Geschäftsführer der „Nationalpost“. Als Letzterer hat er das notwendige Papier beschafft.

Richtig ist, daß der Verlag der „Deutschnationalen Tagespost“ dem Unterzeichneten erklärt hat, daß Herr Oberregierungsrat Laverrenz, M. d. R., von dem Plane der Herausgabe der „Neuen Nationalpost“ Kenntnis habe.

Zu der Äußerung des Herrn Oberregierungsrat Laverrenz, M. d. R., vom 26. Juni 1925, erkläre ich, daß während der Zeit vom 11. Juni bis 20. Juni 1925 durch Beschluß der Geschäftsführerversammlung vom 11. Juni 1925 Herr Oberregierungsrat Laverrenz, M. d. R., zum Geschäftsführer der Gesellschaft bestellt worden war und als solcher in dieser Zeit auch tätig gewesen ist. Die Verantwortung für alle Vorkommnisse in der Zeit vom 11. bis 20. Juni 1925 hat Herr Oberregierungsrat Laverrenz, M. d. R., zu tragen. Im übrigen bin ich für die Geschäftsführung seit 6 Jahren verantwortlich und vermag meine Maßnahmen durchaus zu vertreten. Von dem Inhalt der angeblichen Strafanzeige ist mir bis zur Stunde nicht das Geringste bekannt. Mein Ausschluß aus dem Landesverband ist mir durch Herrn Oberregierungsrat Laverrenz, M. d. R., am 23. Juni 1925 mitgeteilt worden, ohne daß die Bestimmungen der Satzung eingehalten worden sind und ohne daß mir die Anschuldigung mitgeteilt wurde oder mir Gelegenheit gegeben war, auch nur mit einem Wort zu den mir inhaltlich unbekanntem Anschuldigungen Stellung zu nehmen. Die sachunsmäßigen Schritte gegen diese Maßnahmen sind eingeleitet.

Meinerseits habe ich gegen Herrn Oberregierungsrat Laverrenz, M. d. R., Strafanzeige beim Landgericht II stellen müssen, da ich bei Wiederantritt meiner Geschäftsführertätigkeit feststellen mußte, daß 1. Eingänge aus Forderungen, welche dritten Personen abgetreten worden waren, statt an die Berechtigten abgeführt zu werden, anders verwandt worden sind, obwohl Herr Oberregierungsrat Laverrenz, M. d. R., ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht worden war, daß diese Beträge nicht der Gesellschaft, sondern dem dritten Berechtigten gehören; 2. daß Herr Oberregierungsrat Laverrenz, M. d. R., angeordnet hat, es sollten die Angestellten Quittungen über den Empfang ausstehender Forderungen der Gesellschaft erhalten, unter sich verteilen und die Forderung schließendlich einziehen und den Erlös zur Deckung ihrer Gehaltsansprüche verwenden, obwohl nach seiner eigenen Angabe der Antrag auf Eröffnung des Konkurses bereits gestellt sein sollte.

Hochachtungsvoll

Friedrich Karl Rentisch.

Dieser Brief läßt tief blicken!

Belgische Außenpolitik.

Erklärungen Vandervelde für den „Vorwärts“.

Brüssel, 26. Juni. (Eigener Bericht.) Außenminister Vandervelde empfing am Donnerstag den Brüsseler Vertreter des „Vorwärts“, um ihm zur Vervollständigung des Teiles der Regierungserklärung die sich mit den großen Linien der auswärtigen Politik Belgiens befaßt, einige weitere Mitteilungen zu machen.

Die Regierungserklärung, sagte Vandervelde, unterstreicht mit Absicht den wesentlich friedlichen Charakter der belgischen Politik. Belgien, so heißt es in dieser Erklärung, ist traditionell friedlich gesinnt und hat niemals ein anderes Ziel verfolgt, als die ihm zukommenden billigen Reparationen sowie die Bürgschaften zu erhalten, die sowohl im Interesse seiner eigenen Sicherheit wie des allgemeinen Friedens liegen. Ich glaube sogar behaupten zu können, fügte Vandervelde hinzu, daß die amtlichen Kreise des Deutschen Reiches selbst die aufrichtig friedlichen Absichten Belgiens durchaus anerkennen. Es ist bekannt, daß die belgischen Sozialisten in der Zeit, wo Poincaré französischer Ministerpräsident war, gemeinsam mit den französischen Sozialisten und der gesamten Internationale gegen die Ruhrbesetzung protestiert haben. Wie die Regierungserklärung feststellt, bestand zwischen den großen Parteien Übereinstimmung über die auswärtige Politik seit der Periode, die mit dem Londoner Abkommen einsetzt, um sich dann in Genf weiter zu entwickeln. Die Tendenz dieser Politik: Schiedsgerichtsbarkeit, Sicherheit, Rüfungs-einschränkung.

Auf eine Frage wegen des deutschen Vorkurschlages antwortete Vandervelde: Belgien hat seine Zustimmung zur Antwort Briands an Deutschland kundgegeben. Es ist unser heißer Wunsch, daß die laufenden Verhandlungen zu einem Einvernehmen führen und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund

herbeiführen mögen. Im übrigen besteht zwischen den deutschen, französischen und belgischen Sozialisten keine Meinungsverschiedenheit über die Frage der europäischen Sicherheit. Auf eine Frage nach

der Räumung der Kölner Zone

erklärte Vandervelde: Das letzte Hindernis der Räumung wird verschwinden sein, sobald Deutschland die ihm gestellten Bedingungen über die Abrüstung erfüllt hat. Auch in diesem Punkte stimmen wir, glaube ich, mit den deutschen Sozialisten vollständig überein. Ich kann Ihnen versichern, daß, soweit Belgien in Betracht kommt, wir keinerlei Hintergedanken haben, und

daß es uns vollständig fernliegt, in diesem Punkte etwa schikanieren zu wollen. Im übrigen habe ich die besten Gründe, zu glauben, daß man in Paris und London über diesen Punkt genau so denkt wie in Brüssel.

Abschließend erklärte der belgische Außenminister: Unsere Politik, die die gleiche ist wie die der Sozialisten aller Länder, und die zur Zeit der Ruhrbesetzung von unseren bürgerlichen Parteien heftig bekämpft worden ist, hat sich schließlich unter dem Zwang der Ereignisse selber in hohem Maße der öffentlichen Meinung und den Regierungen, die uns in Belgien vorausgegangen sind, aufgedrängt. In dem Augenblick, wo die große Mehrheit des belgischen Volkes sich zu unseren Ansichten bekennt und uns ihr Vertrauen kundgibt, denken wir natürlich nicht daran, diese Politik zu ändern.

Diese Erklärungen des Leiters der belgischen Außenpolitik können wohl auf große Beachtung rechnen.

Internationale Zusammenarbeit tut not.

Eine Entschließung der Internationalen Handelskammer.

Die Internationale Handelskammer, die dieser Tage in Brüssel tagte und auf der auch der Reparations-agent Sir Parker Gilbert das Wort nahm, um die Durchführbarkeit des Dawes-Planes zu betonen, sagte am Schluß ihrer Beratungen einstimmig folgende Entschließung:

Die Annahme des Dawes-Planes ist die wirksamste Maßnahme, die bisher getroffen worden ist, und ihre bedingungslose Annahme durch Deutschland bestätigt, daß es Deutschland möglich ist, die von ihm übernommenen Verpflichtungen auszuführen. Das Transferproblem ist zwar in der Wirtschaftsgeschichte ohne Vorgang, jedoch können die Schwierigkeiten überwunden werden. Es könnte durch ein einziges Mittel gelöst werden und durch die Anwendung verschiedener Verfahren. Die internationale Handelskammer erkennt an, daß ein Gelingen des Transfers, dem sie ihre volle Unterstützung angeheben lassen will, eine Zusammenarbeit aller beteiligten Länder voraussetzt. Eine ganz besondere Verantwortung fällt dabei aber Deutschland zu, das alles tun muß, was in seiner Macht steht, um die Lösung zu erleichtern. Diese Ermögungen haben nicht nur für das Transferproblem, sondern auch für die Frage der internationalen Schulden Geltung. Jeder Versuch, übertrieben hohe Summen zur Regelung der Verpflichtungen zu transferieren, muß eine unermessliche Rückwirkung auf Budget und Währung der Schuldnerländer ausüben und ihre Finanzlage in Unordnung versetzen. Die internationale Handelskammer bestätigt die auf ihrer Tagung in Rom seinerzeit gefasste Entschließung, in der der Wunsch nach einer schneidenden Lösung der Frage der interalliierten Schulden ausgesprochen wurde.

In einer Erklärung, die ein Vertreter der französischen Industrie verlas, wurde außerdem noch besonders betont, daß eine billige Regelung der Verpflichtungen der Schuldnerstaaten gegenüber ihren Gläubigern durch internationale Verhandlungen angestrebt werden müsse.

So hat die Internationale Handelskammer den Willen der internationalen Finanz zum Ausdruck gebracht, die schwierigen Fragen der internationalen Geldübertragung aus Reparationslasten und Kriegsschulden durch Gemeinschaftsarbeit der Völker zu überwinden. Der Hinweis darauf, daß Deutschland in erster Linie alles tun müsse, um die Lösung des Reparationszahlungsproblems zu erleichtern, ist in diesem Zusammenhang ein deutlicher Hinweis darauf, daß eine künstliche schutzöllnerische Isolierung der deutschen Wirtschaftspolitik die Entspannung der internationalen Beziehungen nur erschweren kann.

Der Putsch in Griechenland.

Putschgeneral Pangalos regiert.

London, 26. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Staatspräsident Konduriotis hat die Führer der parlamentarischen Parteien zu einer Besprechung über die gegenwärtige Lage zusammenberufen. Ein Kabinett Papanastasius steht noch immer in Aussicht. Der Putschgeneral Pangalos verspricht in einem Aufruf vollkommene Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung, Regelung der Flüchtlingsfrage, Gleichheit für alle und sofortige Neuorganisation der Armee und Marine. Bis zur Bildung einer zivilen Regierung will er die Ministerpräsidentschaft übernehmen.

Rückwirkung auf Südslawien.

Belgrad, 26. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die griechischen Ereignisse haben in Belgrad einen außerordentlich ungünstigen Eindruck hervorgerufen. Man verweist insbesondere auf die Proklamation des Generals Pangalos, in welcher er die Außenpolitik der bisherigen Regierung verurteilt. Man macht darauf aufmerksam, daß, als Pangalos bei den letzten Wahlen Spitzenführer der Republikanischen Partei war, er die Helemisierung Kazedonien forderte.

Die Optantenfrage.

Ein deutsch-polnisches Übereinkommen.

Warschau, 26. Juni. (DR.) Zwischen der deutschen und der polnischen Regierung ist ein Übereinkommen getroffen worden, das gewisse Hindernisse für die Abwanderungspflicht der Optanten beseitigt. Zur Wahrung der Familieneinheit der Abwandernden ist beschlossen worden, daß auch jene Familienangehörigen von Grundbesitzern, die über 18 Jahre alt sind und selbstständig optiert haben, erst mit dem Ablauf des Abwanderungstermins des Vaters oder Haushaltungsvorstandes auszuwandern haben; für die Grundbesitzer lag nach dem Wiener Abkommen eine verlängerte Abwanderungsfrist vor, die sich auf die genannten Familienmitglieder bisher nicht erstreckte. Letztere brauchen also nicht schon zum 1. August d. J., sondern erst zum 1. Juli 1926 und in der Grenzzone zum 1. November 1925 abzuwandern. Ferner haben beide Staaten auf die Abwanderungspflicht der Konsultationsangestellten verzichtet. Wie die Bromberger „Deutsche Rundschau“ meldet, sind die Boiwobschajen von der Regierung generell ermächtigt worden, aus humanitären Rücksichten die Abwanderungsfristen für fränke, gebrechliche oder greise Optanten um drei Monate zu verlängern.

Alle Widerungen, so anerkennt man sie in der noch immer herrschenden Atmosphäre des Hasses und der Wut gegen die Ausländer sind, können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die — wenn auch etwas hinausgeschobene — Vertreibung aller Landesbewohner die nun Ausländer geworden sind, eine schändliche Brutalität gegen Wehrlose ist.

Aus der Wandelhalle des Reichstags.

Nach der Geschäftsordnungsdebatte im Reichstag, in der Graf Bestiar sich eifrig bemühte, die von den Regierungsparteien erstrebte willkürliche Veränderung in der Zusammenfassung der Ausschüsse als das harmloseste Ding von der Welt hinzustellen, sagte ein Abgeordneter zu einem sozialdemokratischen Kollegen: „Der Bestiar ist doch immer der Herausgeber der Deutschnationalen.“ „Aha“, antwortete unser Genosse, „Sie haben ganz recht, Bestiar ist der Herr Herausgeber der Deutschnationalen.“

Im Kindergarten jenseits der Ackerstraße.

Einen Kindergarten mit einem richtigen Garten als wesentlichen Bestandteil, wie er Fröbel vorschwebte, an und für sich eine Seltenheit, wird man natürlich im Proletariatsviertel einer modernen Weltstadt am allerwenigsten suchen. Aber auch, wenn man eine Anstalt meint, wo es Kinder so gut haben, wie Blumen oder auch nur Gemüse in einem Garten, wird man schwerlich auf seine Rechnung kommen, sobald es sich um eine Einrichtung für Kinder handelt, die in der Wahl ihrer Eltern nichts weniger als vorsichtig waren. Was mich veranlaßte, die Gegend jenseits der Ackerstraße im Norden Berlins aufzusuchen, um dort unweit des Jionskirchplatzes einen proletarischen Kindergarten kennenzulernen, war auch nichts weniger als die Erwartung, etwas Außergewöhnliches vorgeführt zu bekommen.

Auf kleinstem Raum.

Die äußeren Umstände, die ihre Leistungsfähigkeit des Kindergartens auf eine niedere Stufe halten, springen ohne weiteres in die Augen. Das Hintergebäude, wo zu ebener Erde der Kindergarten untergebracht ist, schließt gewissermaßen einen Reigen hoher grauer Mietkasernen, aus deren immer trüben Fenstern tausendfältiges Wohnungselend düfter auf den ganz winzigen, nordseitig auf Sand ausgefüllten Spielplatz herabstürzt, der einem kleinen Hofraum abgeraucht ist. Drinnen hat die Anstalt nur einen Raum für durchschnittlich 60 Kinder im Alter von 3 bis 6 Jahren. Die Kleinen kommen früh um 6 Uhr, und die letzten werden zwischen 4½ und 7 Uhr abgeholt. Die große Zahl der zu beaufsichtigenden Kinder macht Spaziergänge über die allernächste Umgebung hinaus zu einem gewagten Unternehmen. Das Beschränkte auf einen Raum schließt, ebenso wie die Größe der Schar, die meisten Mög-

lichkeiten, um kommen, so wird man begreifen, daß es über die Kräfte einer Kindergärtnerin gehen muß, jedem einzelnen Kinde so viel Aufmerksamkeit zu schenken, wie es im Sinne Fröbels einem „Gewächs im Garten Gottes“ gebührt. Als sie im vorletzten Winter ihre Stelle antrat, hatte sie noch dazu alles schrecklich verwahrloßt vorgefunden. Ein eisernes Rechen konnte den Raum nur etwas erwärmen, auf keinen Fall die immer feuchten, fast kalten Wände trocknen, an denen in den Ecken Pilze wucherten. Die Dielen starrten vor Schmutz. Im Keller stand immer Grundwasser. Den schlimmsten Mängeln ist seitdem abgeholfen worden. Der Boden ist mit Stroh-



Spiel auf kleinstem Raum.

lichkeiten, die Kinder zu beschäftigen, aus, so daß die Leiterin ihre ganze Erfindungsgabe aufwenden muß, um den Aufenthalt für sie gleichwohl abwechslungsreich zu gestalten. Berücksichtigt man, daß zu der anstrengenden Arbeit an den Kindern noch Hausarbeiten, obligatorische Teilnahme an Sitzungen und Versammlungen, Hausbesuche, Samariterdienste an Kranke in den Familien, die Kinder



In der Stube der Älteren.

leum befeht. Das Gebäude hat Zentralheizung und elektrische Beleuchtung erhalten. Die nun ausgetrockneten Wände haben einen freundlichen Anstrich und tragen freundlichen Bildschmuck. Eine Ecke ist als Puppenstube hergerichtet. Aber der kleine Vorraum für die Garderobe hat immer noch kein Fenster, trotzdem sich dort, in muffiger Luft, die noch nicht abgeholt Kinder noch fünf Uhr aufhalten müssen, wenn der Kindergarten offiziell geschlossen wird.

Der Gruppencharakter der Kinder.

Ich sehe einigen Kreispielen zu und suche dabei einen Eindruck von dem Gruppencharakter der Kinder zu gewinnen. Eine merkwürdig bunte Gesellschaft. Fast alle sind düchtig gekleidet, aber wie viele Nuancen hat doch diese Dürftigkeit! Gerade dort, wo das schlimmste soziale Elend herrscht, scheint die Mutterliebe den größten Ehrgeiz zu entwickeln, das eigene Kind in der Kleidung, sei es auch nur um einen Ton, sich vorteilhafter von anderen Kindern abheben zu lassen. Auch seelisch scheinen die Kinder durchaus nicht einseitig zu sein. Jedes trägt Blüge ausgeprägter Individualität. Freilich, bei aller Verschiedenartigkeit sind die Rhythmnomen doch leicht auf einen Generaltonner zurückzuführen: die allgemeine Not. Je nachdem das einzelne Kind auf sie reagiert, lassen sich deutlich zwei bestimmte Typen unterscheiden. Da sind die ungebeugt Träglichen, deren gesunder Erbmasse alle Entbehrungen nichts anzuhaben vermögen. Sie fühlen sich gefährt für den härtesten Kampf ums Dasein. Ihre Tüge verraten schon im ganzen Kindesalter eine eiserne Energie. Die macht sie zu Infarnationen der Naturgewalt, durch die die Not im Proletariat so furchtbare Auslese hält. Wenn sie groß sind, werden sie vielleicht die Gehege dieser Naturgewalt an jenen Volksschichten vollstrecken, wo so vieles aufgepöppelt wird, was im pro-

letarischen Kampf ums Dasein nicht bestehen könnte. Die kleinen Vertreter dieses Typs machen sich hier besonders durch die impulsive Lustigkeit bemerkbar, womit sie sich an den Spielen beteiligen. Ganz im Gegensatz zu den anderen. Das sind die, auf deren Zügen eine kleine Müdigkeit lagert. Ihr unsicher flackernder Lebensgeist läßt sie zeitweilig im Spiel bei der Sache sein. Auf einmal ersticken ihnen die Laute auf der Zunge. Der lähmende Druck des Elends, der nie ganz von ihnen weicht, macht es ihnen unmöglich, fröhlich zu sein. Stumm verfolgen sie, müde und mit einer Miene wehmütigen Reides den Reigengefang der glücklicheren Spieltameraden. Sie reagieren erst wieder auf starke motorische Reize, z. B. auf allgemeines Handklatschen. Plötzlich singen und machen sie wieder mit; doch nicht mit dem Rhythmus wirklichen Kraftüberflusses, stets halb und halb automatisch.

Die Not im Zuhause.

Man begreift diese Unglücksfinder, wenn man hört, wie es bei manchen von ihnen zu Hause aussieht. In winzigen Räumen halbdunkler feuchter Keller vegetieren wieder nicht wenige Familien. Man schläft auf Strohsäcken; die einzigen Sitzgelegenheiten sind Kisten. Zu keiner Stunde des Tages kommt man ohne künstliche Beleuchtung aus. In zwei derartigen, nur je zwei Reiter breiten Lehnen fand die Leiterin Mann, Frau und drei Kinder vor. Besonders schlimm sind alleinstehende Mütter daran, die auf Heimarbeit angewiesen sind; denn hierbei ist die Ausbeutung wieder so furchtbar wie Jahrzehnte vor dem Kriege. Ein Duzend Hemden werden für 1,20 M. genäht. Vielleicht fahren Heimarbeiterinnen, die Straußentiedern zu Material für den Befestigung eleganter Kleider zerripfen, etwas besser. Dafür ist diese Beschäftigung geradezu verberberisch. Die Luft ist im Handumdrehen mit Staub und Häferchen geschwängert; das alles setzt sich in den Lungen fest und bereitet dort einen idealen Nährboden für Tuberkelbazillen. — Kindergärten und Kinderhort gehören zu den kirchlichen Wohlfahrtsanstalten der Gemeinde. Die Oberleitung hat eine Diakonin. Die weltlichen Behörden begnügen sich mit materiellen Beihilfen. Man soll, neben, nach der Trennung von Staat und Kirche könnten solche rein pädagogischen Einrichtungen ausschließlich Sache der weltlichen Behörden sein. Aber kirchenpolitische Pädagogik scheint billiger als Staatspolitik.

Als ich auf dem Rückwege zunächst zu Fuß durch die Straßen schlenderte, drückt mir ein langjähriger Junger des Propheten Leonhard Starb einen Einladungszeitel für Volksobermahlungen in die Hand. Wer kennt nicht schon die Schlagworte dieser Scharlatane: „Zusammenbruch — Revolution des Geistes — Generalabrechnung mit den Volksverrätern“ — und den Refrain: „Ich bin die kommende deutsche Regierung der Gerechtigkeit!“ Daß solche Saat auch in den Proletariatsvierteln Berlins auf fruchtbaren Boden zu fallen scheint, braucht nicht wunderzunehmen, wenn man sieht, wie dort so wenig kulturpolitische Initiative entfaltet wird, daß in Einrichtungen wie Kindergärten und Kinderhorten religiöse und politische Romantik alljährlich wuchert.

Otto Corbach.

Die gute Ernte.

Die Ernte hand sozusagen „vor der Tür“. Das Getreide drohte nahezuf zu werden, auf langen Holmen dünne Lehren mit „nichts dran“. Die Bohnen in den Erntebegärtnereien tingon an gelb zu werden; die Erdbeeren verrotten, Spätkirschen, Pappel und Birnen fielen verrotten von den Zweigen — kurz, alle Anzeichen jener Katastrophe, die uns das obsolet „trodene“ Jahr 1911 beschert hätte, waren vorhanden. Da kam der Regen, nicht im Sommer eines dahinjagenden Unwetters, sondern richtig, nett, freundlich, als wolle er sagen: ich bin so gar nicht so, ich komme zur rechten Zeit. Und wenn der Mensch augenblicklich auf das „Kette“ Wetter schimpft — so soll er nur einen Blick auf die rein gewöhnliche Natur tun und er wird mit der Notwendigkeit, den Schirm zu tragen und zu Hause eine dickere Jacke anzuziehen zu müssen, völlig verfährt sein.

Ja, jetzt kann die gute Ernte, von der neulich die amtliche Berichtserstattung meinte, daß sie zu erwarten sei, Tatsache werden — wenn — nur gemäß — wenn der Regen wieder einmal aufhört und die Sonne von neuem scheint. Wie oft hat man es erlebt, daß der Frühommer trocken und heiß und der Juli — gerade die Zeit, wo die Kinder Ferien haben — so roh und kalt war, daß das geschnittene Getreide schwarz wurde und der Erntegeldern erst im Herbst gebröckelt werden konnte. Hoffentlich kommt es diesmal anders...

Die Baumwollpflücker.

Roman von B. Travas.

Copyright 1925 by B. Travas, Columbia, Texas, U.S.A.

Er schickte einen seiner Söhne mit dem Pferde nach Hause, der dann bald mit einer Kanne Regenwasser zurückkam. Baumwolle ist teuer. Das lernt jeder bald, wenn er sich einen Anzug, ein Hemd, ein Handtuch, ein Paar Strümpfe oder nur ein Taschentuch kauft. Aber der Baumwollpflücker, der wohl die härteste und qualvollste Arbeit für die Kleidung leistet, den ein König, ein Milliardär oder ein einfacher Landmann trägt, hat an dem hohen Preis des Anzuges den allergeringsten Anteil.

Für ein Kilogramm Baumwollpflücken bekamen wir sechs Centavos, ich ausnahmsweise acht. Und ein Kilogramm Baumwolle ist beinahe ein kleiner Berg, den zu schaffen man unter ständigem Bücken in der mittelblauen Tropensonne 200 bis 500 Knollen auszusapfen muß. Dazu eine Nahrung, die als die allerbescheidenste angesehen werden darf, von der Menschen irgendwo auf Erden leben. Den einen Tag schwarze Bohnen mit Pfeffer, den nächsten Tag Reis mit Pfeffer, den übernächsten wieder Bohnen, dann wieder Reis; dazu Brot, selbst gebaden aus Weizen- oder Maismehl, entweder klebrig oder zu Kohle verbrannt, Monate altes, abgestandenes Regenwasser, Kaffee gelocht aus selbstgebrannten Kaffeebohnen auf einem Stein zerrieben und den Kaffee gefüßt mit einem hüßigen, überreife, schwarzbraunen Rohzucker in kleinen Kegeln. Das Salz, das man verwendet, ist Seesalz, das man sich selbst vor dem Gebrauch erst reinigen muß. Ein paar Kilogramm Zwiebeln in der Woche hinzugekauft ist bereits Delikatessen, und ab und zu ein Streifen getrocknetes Fleisch ist ein Luxus, der, wenn man ihn sich zu oft leistet, vom Lohn nicht einmal das Reifegeld bis zur nächsten Stadt, wo man neue Arbeit finden könnte, übrig läßt. Bei sehr fleißiger Arbeit verdient man in einer Woche gerade so viel, daß man sich, wenn man keinen Centavos für Essen ausgibt, das billigste Paar Schuhe kaufen kann, das man im Laden vorfindet.

Der Baumwollfarmer verurteilt auch nicht immer die hohen Preise der Fertigware. Er ist oft tief verschuldet und kann in den meisten Fällen die Pflückerlöhne nur auszahlen, wenn er auf die Ernte einen Vorstoß nimmt.

Um 4 Uhr nachmittags machten wir Schluß, um nach bei Tageslicht „nach Hause“ zu kommen und unser Essen zu kochen. Ich quartierte aus.

In der Nähe des Hauses, nur etwa 200 Meter entfernt, hatte ich eine Art Unterstand entdeckt. Welchen Zweck er diente oder gedient haben mochte, wußte ich nicht. Er hatte ein Dach aus Wellblech, aber keine Wände, es wäre denn, daß man einige Baumstämme, die an der einen Seite gegen das Dach gelehnt waren, als Wand bezichtigen will.

In diesem Unterstand war eine Art Tisch. Es waren vier Pfähle in die Erde gerammt und auf den Pfählen lagen ein paar Matten Wellblech.

Dieser Unterstand wählte ich als Behausung und den Tisch als Bett.

Der große Rigger wollte den Unterstand mit mir teilen. Er kam hin, sah sich die Sache an und es gefiel ihm.

Plötzlich rief er: „A snake! A snake!“

„Wo?“ fragte ich.

„Da, dicht vor Ihren Füßen.“

Richtig, da wand sich eine Schlange auf dem Boden hin, eine feuerrote, etwa einen Meter lang.

„Macht nichts“, sagte ich, „die wird mich nicht gleich auf-fressen, die Rostkies sind schlimmer.“

Der Rigger zog wieder ab.

Nach einer Weile kam Gonzalo. Die rote Schlange war inzwischen verschwunden.

Es gefiel ihm sehr, und er fragte mich, ob ich etwas da-gegen habe, wenn er auch hier schlief.

„Kein“, sagte ich, „schlafen Sie ruhig hier, mir ist das ganz egal.“

Da starrie er auf den Boden.

Ich folgte seinem Blick.

Es war wieder eine Schlange. Diesmal eine schöne grüne.

„Ich will doch lieber im Hause schlafen“, sagte nun Gon-zalo. „Ich mag Schlangen nicht.“

Ich mache mir nichts aus Schlangen. So leicht würden sie ja wohl kaum auf den Tisch kommen; und wenn sie sich wirklich hinaufbringen sollten, was sie zuweilen tun, so werden sie ja nicht gleich beißen, und wenn sie beißen sollten, so werden sie ja nicht gleich giftig sein. Wären sie alle giftig, und würden sie alle einen schlafenden Menschen, der ihnen nichts zu leide tut, beißen, wäre ich längst nicht mehr am Leben.

Da dieser Unterstand höher lag als das Haus, keine Wände hatte, jedem kleinen Windzug freieren Durchgang ließ, in der Nähe auch kein Strauchwerk war und er weit genug von der Zisterne und dem ausgetrockneten Tränketränk entfernt war, hatte ich hier in der Tat beinahe gar nicht von den Rostkies zu leiden.

Am nächsten Morgen kamen noch etwa zwölf Eingeborene zur Mitarbeit. Die wohnen ziemlich weit entfernt in irgend-einem Dorfe, das irgendwo im Busch liegen mochte. Sie kamen auf Maultieren geritten; manche hatten weder Sattel noch Steigbügel. Andere hatten wohl einen Holzstiel, aber keinen Zaum; an Stelle des Zaumes war den Tieren ein Strid um das Maul gebunden.

Diese Leute waren an die Feldarbeit in den Tropen besser gewöhnt als wir, die wir, mit Ausnahme des großen Riggers, alle Städter waren. Aber sie schafften viel weniger als wir und mußten eine viel längere Mittagspause machen. Jedoch das ging uns nichts an, und darüber nachzudenken, lohnte sich auch nicht recht.

Am Samstag kriegen wir ausbezahlt. Wir ließen uns von den paar Kröten, die wir in so mühseliger Arbeit verdient hatten, gerade so viel geben, wie wir brauchten, um Lebens-mittel für die nächste Woche einzukaufen. Den Rest ließen wir beim Farmer stehen, denn auch nur einen Nickel in der Tasche zu haben ist nichts als Versuchung für den andern.

Selbstverständlich arbeiteten wir Sonntags auch. Der drachte dann knapp ein Kilo Speck ein oder fünf Kilo Kar-toffeln; weil wir an dem Tage schon um drei Uhr Schluß machten, um uns wenigstens einmal in der Woche waschen zu können und das verschwitzte Zeug, das man Tag und Nacht auf dem Leibe hatte, durchs Wasser zu ziehen.

Der Chink und Antonio waren in den nächsten Tagen gegangen, der etwa drei und eine halbe Stunde entfernt lag, um für uns alle das einzukaufen, was wir ihm jeder auf ein Maisblatt aufgeschrieben hatten. Die Hieroglyphen, die auf jenen Maisblättern standen, waren nur für die Einkäufer zu entziffern, denen wir mündlich die Bedeutung der phantastischen Zeichen ausführlich hatten erklären müssen.

Den nächsten Sonntag hatten dann ich und Abraham einzukaufen zu gehen.

Aber an diesem Sonntag war Abraham schon um zwei Uhr von der Plantage verschwunden. Er war mit seinem Sack Baumwolle zur Wage gegangen und nicht zurück-gekommen.

(Fortsetzung folgt.)

Wie hat sich der Roggen gestreckt und gefärbt — wie ist das Sommergetreide gewachsen — wie grün haben Kartoffeln, Bohnen und Rüben aus — wie schwellen die Früchte an den Bäumen, seitdem der Regen kein befruchtendes Nass auf die dürstige Erde hat träufeln lassen! Der Pflanzenwelt ist offenbar eine kühlere, feuchte Bitterung dienlicher — wenigstens in dem Stadium vor der Reife —, als jene Sonnenglut mit begleitendem kaltem Nord- und Ostwinde, der die nächtliche Temperatur auf ziemlich niedrige Wärmegrade brachte.

So hat jedes Ding seine zwei Seiten: der eine jammert, daß der Aufenthalt im „See“bade mit Zähneklappern verbunden ist, während der Landmann vergnügt den nassen Rock zum Trocknen aufhängt, denn er weiß, der Regen ist zu seinem Besten.

Über gerade diese Sache: die gute Ernte hat noch eine dritte Seite. Seit langem steht der Roggenpreis auf dem Einheitsfuß des Vorkriegspreises und das frühere 50-Pfennig-Brot kostet demgemäß 75 Pfennig — und doch soll die Zollvorlage den „Agrarier“ vor dem „Verhungern“ schützen. Biletsch — oder sagen wir lieber: hoffentlich — ist die gute Ernte auch ein Argument zugunsten derer, die den Raubzug auf die Löhne der großen Masse abwehren.

Die Zeppelinordpolfahrt.

Die Besprechungen im Reichswirtschaftsministerium.

Gestern nachmittag fand im Reichswirtschaftsministerium zwischen der Internationalen Studiengesellschaft zur Erforschung der Arktis mit dem Luftschiff und dem Luftschiffbau eine Besprechung statt, an der Dr. C. E. C. E. n. e. r., Geheimrat Prof. Dr. Rohlfshütter, Geheimrat Prof. Dr. P. e. n. d., Hauptmann a. D. Bruns und Direktor Dr. B. l. e. i. s. t. e. i. n. teilnahmen. Die Besprechung hat zu folgendem Ergebnis geführt:

Der Luftschiffbau Zeppelin will ein ein für die Zwecke der Studiengesellschaft geeignetes Luftschiff bauen und es Prof. Dr. F. r. i. t. z. o. f. R. a. n. k. e. n., dem Präsidenten der Studiengesellschaft, für zwei Polarunternehmungen zur Verfügung stellen.

Die Kosten für den Bau dieses Schiffes will der Luftschiffbau Zeppelin selbst aufbringen, diejenigen für die Durchführung der arktischen Expedition sollen international getragen werden. Es ist beabsichtigt, das Luftschiff nach Erledigung der arktischen Unternehmungen zu anderen wissenschaftlichen Zwecken, insbesondere für die Erforschung weiterer unbekannter Gebiete der Erdoberfläche zur Verfügung zu stellen. Der Luftschiffbau Zeppelin tritt in die Studiengesellschaft ein. Vor dem Eintritt wird die Internationale Studiengesellschaft noch intern beraten, ob das vom Luftschiffbau Zeppelin angebotene Luftschiff für die wissenschaftlichen Bedürfnisse der Gesellschaft ausreicht. Die Ausgestaltung des Luftschiffes wird durch eine technische Kommission der Internationalen Studiengesellschaft festgelegt werden, in der der Luftschiffbau Zeppelin Sitz und Stimme hat. Die Führung des Schiffes wird der Luftschiffbau Zeppelin derart regeln, daß auch der Begründer und Geschäftsführer der Internationalen Studiengesellschaft, der ehemalige Luftschiffführer Hauptmann a. D. Bruns, beteiligt wird.

Nach dem Eintritt des Luftschiffbaues Zeppelin in die Studiengesellschaft wird diese an die deutsche Regierung einen Antrag richten, in dem sie bitten wird, die Bauerelaubnis für das die Vertragsbestimmungen überschreitende Luftschiff bei der Botschafterkonferenz nachzusuchen.

Milde Strafe für einen Erpresser.

Eine Frau J. verhandelte mit ihrem Liebhaber, weil sie um die Folgen ihres Verhältnisses mit ihm besorgt war. Auf seinen Rat hin suchte sie einen im Südosten wohnhaften Arzt R. auf, der dafür bekannt sein sollte, daß er ungerade Eingriffe vornahme. Gegen den Arzt schwebte dann ein Strafverfahren, das inzwischen jedoch wieder eingestellt wurde. Dem Liebhaber, einem pensionierten Magistratsbeamten Robert G. r. o. p. e. aus Braunschweig, tat aber das für diesen Zweck hingeworfene Geld leid und er schickte jetzt dem Arzt mehrere Briefe, in denen er zwar äußerlich ganz bescheiden auf seine Rolle hinwies und um Rückzahlung des Honorars bat, aber zwischen den Zeilen gab er die Drohung mit einer Anzeige zu verstehen. Das Gericht hielt ihm vor, daß er sich zunächst hätte vergewissern müssen, ob der Eingriff tatsächlich stattgefunden hat. Da aber der Angeklagte in der Verhandlung selbst angab, er könne den Wahrheitsbeweis nicht antreten, so habe er sich auch der Verleumdung schuldig gemacht. Die Erpressung lag in dem im letzten Briefe enthaltenen Vermerk: „Von mir werden Sie nichts mehr hören, aber von einer anderen Seite.“ Das erweiterte Schöffengericht Berlin-Mitte fahnte die Sache recht milde auf, da der Verlust des Geldes den Angeklagten offenbar empfindlich getroffen habe. Das Urteil lautete wegen verdächtigter Erpressung in Tateinheit mit Verleumdung auf 3 Wochen Gefängnis, die durch eine Geldstrafe von 150 M. L. ersetzt werden dürfen.

Das Strafverfahren gegen Sprit-Weber.

Der bekannte Spritschieber Hermann Weber wird nun doch nur wegen Bestechung angeklagt werden, da seine Auslieferung nur wegen dieses Vergehens bewilligt worden ist. Die weiterhin beantragte Auslieferung wegen Vergehens gegen das Branntweinmonopolgesetz und wegen Steuervergehens ist aus Rechtsgründen von der Scheidungsstelle abgelehnt worden. Ob Weber auch noch wegen Brandstiftung an seinem Tempelhofer Spritlager, die ihm ebenfalls zur Last gelegt wird, angeklagt werden kann, ist noch zweifelhaft. Bekanntlich hat Weber für die Brandschäden einen Versicherungsbetrag von 4 Millionen Mark ausbezahlt erhalten. Es ist zwar nachträglich von der Staatsanwaltschaft Berlin die Genehmigung der Auslieferung auch nach dieser Richtung hin beantragt worden. Hierüber haben die Behörden in Prag aber noch keine Entscheidung getroffen. Trotzdem läuft das Ermittlungsverfahren wegen Brandstiftung weiter. Es haben sich jedoch große Schwierigkeiten ergeben. Als der Untersuchungsrichter eine Gegenüberstellung des Angeklagten Weber mit einem Zeugen anordnete, erhob die Rechtsanwältin Dr. G. u. p. p. e. und Dr. A. C. B. o. e. h. m. dagegen Beschwerde, weil für diesen Anklagepunkt die Auslieferungsgenehmigung nicht erteilt worden sei. Die erste Strafkammer des Landgerichts II hat jetzt dieser Beschwerde auch stattgegeben mit der Begründung, daß zwar ein Ermittlungsverfahren zulässig sei, daß aber alle Maßnahmen, die Weber persönlich betreiben, solange unzulässig seien, als der Auslieferungstaat die Genehmigung zur Auslieferung nicht erteilt habe.

Der Doppelmörder Gerth geisteskrank?

Ueber das Schicksal des früheren Polizeiwachmeisters Bruno Gerth, der bekanntlich den grauenvollen doppelten Frauenmord in der Schielermacherstraße verübt hat, ist immer noch nicht entschieden worden. Die Anklage lautete auf Mord. Wie erinnerlich, war die erste Verhandlung vor dem Schwurgericht II abgebrochen worden, da der Verteidiger sein Mandat niedergelegt hatte, da das Gericht nicht auf seine Anregung, Gerth in einer Irrenanstalt beobachten zu lassen, eingegangen war. Die damals vorgelegten Gutachten von Med. Rat Dr. Störmer und Geh. Rat Professor Dr. Straßmann hielten den Angeklagten für die Tat verantwortlich, obwohl zugabener wurde, daß Gerth epileptiker ist. Inzwischen hatte auf Erlauchen des Schwurgerichts auch San. Rat Dr. Magnus Hirschfeld ein Gutachten erstattet und war nach längerer Beobachtung Gerths zur Annahme des § 51 gekommen. Darauf stellte Med. Rat Dr. Störmer den Antrag, Gerth in einer Irrenanstalt beobachten zu lassen. Diese Unternehmung hat in Dalldorf stattgefunden. Nunmehr ist auch Direktor Barg als Mitglied des gerichtsarztlichen Ausschusses der Stadt Berlin zu der Ansicht gekommen, daß Gerth epileptiker ist, und sich bei der Tat mindestens in einem pathologischen Rauschzustand befunden habe, mindestens liege ein Grenzfall vor, der zugunsten des Angeklagten im Sinne des § 51 ausgelegt werden müsse. Der

Staatsanwalt will sich mit diesem Gutachten nicht beruhigen und hat beantragt, ein Obergutachten des Landesgesundheitsamtes einzuholen. Demnach wird es noch eine geraume Zeit dauern, bis über das Schicksal des Lustmörders, der sich im Gefängnis mit seiner früheren Braut verheiratet hat, entschieden werden kann. Sollte das Verfahren wegen Geisteskrankheit eingestellt werden, dann wird über Gerth als gemeingefährlich dauernd in einer Irrenanstalt interniert werden.

Ein Skandal.

Arbeiterportier gegen Schwarzrotgold.

Wir erhalten folgendes Schreiben vom Arbeiterportierartell Groß-Berlin, gez. Dehlschlager.

In der Beilage des „Vorwärts“, Nr. 291, vom 23. Juni 1925, ist in der Rubrik „Arbeiterportier“, in einer Notiz, „Schutz gegen Störung von Arbeiterfesten“ die Frage gestellt, was der Geschäftsführende Ausschuss des Kartellverbandes zu tun gedenkt, daß beim R. G. T. jede „kommunistische Propaganda“ unterbleibt. Auf Beschluß der G. K. -Sitzung am 28. Juni, wird hiermit der Arbeiterportierartell folgendes mitgeteilt. Den politischen Zeitungen, sowie dem „Proletarier-Sport“, ist im Zugangstunnel je ein Stand für den Vertrieb angewiesen. Innerhalb der Kampfbahn kommen nur die Sportsblätter der dem R. V. angeschlossenen Organisationen zum Vertrieb. Der Einmarsch in die Kampfbahn erfolgt unter den Klängen der Turnerbläser und Turnerspielleuten, vom Aufstellungsplatz an der Spitze, nur für die dem R. V. angeschlossenen Organisationen im Spordreh. Andere Organisationen sind davon ausgeschlossen. Gesammaltungen innerhalb der Kampfbahn sind nicht angemeldet und dürfen auch nicht vorgenommen werden. Nur „Olympialarten“ und ein „Bundesgymnastikturnen“ können vertrieben werden. In der Kampfbahn sind nur Vereinsfahnen und rote Fahnen zugelassen. Partei- sowie Fahnen irgend einer Nation (auch Schwarzrotgold) sind nicht zugelassen.

Das Verbot der Farben der Republik bei der bevorstehenden sportlichen Darbietung ist eine Kurzsichtigkeit und eine Taktlosigkeit sondergleichen. Will das Sportkartell Groß-Berlin mit seiner Boykottierung der republikanischen Reichsfarben mit den Hafentourneuren in Wettbewerb treten? Dem Sportkartell muss bekannt sein, daß dieses Farbverbot in den Reihen der Sozialdemokratischen Partei größte Empörung hervorgerufen hat, aber auch dies scheint ihm gleichgültig zu sein, sofern diese Herausforderung der sozialdemokratisch gesinnten Arbeiterportier nicht geradezu beachtlich ist.

Es läßt sich voraussehen, daß dieses vom Sportkartell innerhalb seines Machtbereiches erlassene antirepublikanische Farbverbot dem Frieden innerhalb des Arbeitersports nicht dienen wird!

Zeigt Schwarz-Rot-Gold auf dem Wasser!

Der auffallende Mangel der Reichsfarben auf dem Wasser gibt dem Reichsbanner Veranlassung, sich an alle republikanisch gesinnten Wassersportler mit der Aufforderung zu wenden, mehr Bekanntheit zu zeigen und auf den Booten die schwarzrotgoldene Flagge zu führen. In Mitgliedertreffen des Reichsbanners, die dem Wassersport huldigen, ist der Wunsch nach einem Zusammenschluß laut geworden. Am Dienstag, den 30. Juni, abends 8 Uhr, findet im Bährervereinshaus, Alexanderplatz, eine Versammlung der republikanischen Wassersportler statt. Wie republikanisch gesinnten Wassersportler, gleich ob Motor-, Segel-, Ruder- oder Paddel-Bootsfahrer, sowie alle am Wassersport interessierten Kameraden, sind zu dieser Versammlung eingeladen.

Noch eine Kommunisten-Demonstration. Rein Tag mehr ohne kommunistische Demonstration. Man könnte eine laufende Tagesrubrik für dieses Ressort der kommunistischen Propaganda einrichten. Die „rote Fahne“ hatte gestern morgen ihre Bestimmungsfreunde auf den Bauhauer Platz gesucht. Diesmal sprach Frau Ruth G. o. l. l. e. (Pfeifer). Sie sprach sehr temperamentvoll, wie das so ihre Art ist, und die bittigen Splitter flogen nach allen Seiten. Eine Resolution, sehr lang, wurde verlesen. Dann setzte man sich (es waren mehrere hundert Unentwegter anwesend) unter Rüst nach dem Mariannenplatz in Bewegung, wo nach nochmaligen kurzen Redebekanntnis sich der Zug aufstellte. Eine Frage: Was es notwendig, doch mit Karabinern bewaffnete Polizei durch die hinteren Reihen der Voranreitenden (in denen überhaupt fast nur Neugierige standen) patrouillierte? Hätte man die Mannschaften nicht außerhalb des Versammlungstreifes verjagen können, wenn sie schon wirklich nötig waren?

Republikanische Führertagung in Frankfurt am Main. Der Deutsche Republikanische Reichsbund veranstaltet am 28. Juni in Frankfurt am Main unter dem Vorsitz des Schöpfers der Weimarer Reichsverfassung, Professor Dr. Hugo Preuß, eine große republikanische Führertagung, die von den führenden Persönlichkeiten aus Politik und Wissenschaft besucht werden wird. Die Führertagung wird durch ein Referat über das Thema „Der Geist der Republik, die Grundfragen gemeinsamer republikanischer Politik in Deutschland und die Aufgaben des Deutschen Republikanischen Reichsbundes“ von Professor Dr. Hugo Straßheimer eingeleitet, der zugleich Verleser als Grundlage für Aussprache und Beschlussfassung vorlegen wird.

Annahmen zu den Jugendheimen nimmt in Panow nicht mehr der Genosse Kluck, sondern die Verkaufsstelle der Konsum-Genossenschaft Berlin-Panow, Berliner Straße 47, entgegen.

Das Rundfunkprogramm.

Sonnabend, den 27. Juni.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:
3.35 Uhr nachm.: Hans-Bredow-Schule (Bildungskurse). Abteilung Sprachunterricht. Direktor Julius Glück: „Esperanto“.
4 Uhr nachm.: Jugendbühne. Leitung: Alfred Braun. Wie die Alten sungen. Lastspiel in vier Aufzügen von Karl Niemann. Fürst Leopold von Anhalt-Dessau; Annaliese, die Fürstin; Erprinz Gustav; Prinz Moritz; Christian Herre, Brauherr und Viertelmeister; Christian, Pfarrer in Wörlitz; Sophie und Eleonore, Kinder des Brauherrn; der Großvater, Herrras Vater; Johann Ludwig Melde, Regimentfeldscher; Woch, Wirt zum Löwen; Wachmuth, Ratsdiener; Mohs, Kammerdiener des Erbprinzen; ein Lakai des Fürsten; Hanno, Hökerin; Wärdig, Kreuzberg, Peters, Viertelmeister; Schlobach, Schads, Lippold, Graul, Ratsherren; erster Offizier; zweiter Offizier; ein Schullehrer; ein Leineweber; ein Oberknecht Herros; ein Mann; eine Frau; Offiziere; Unteroffiziere; Soldaten; Läufer; Männer; Frauen; Schulkinder. Ort der Handlung: Dessau. Zeit: 1730. 7 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Bildungskurse). Abteilung Spiel und Sport. Dr. Stahl: „Turnen und Sport im Anlandeutschtum“. 7.30 Uhr abends: Dr. B. Hirschfeld: „Hygiene des Halses, der Nase und der Ohren“. 2. Vortrag: „Hygienische Ratschläge für Nase und Hals“. 8 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Bildungskurse). Abteilung Naturwissenschaften. Dr. A. Marouse: „Astronomie in ihrer Bedeutung für das praktische Leben“. 6. Vortrag: „Astronomie in ihrer Beziehung zur Psychologie (Medizin)“. Die Fehler unserer Sinne und die daraus entstandene Lehre von der Berufseignung“. 8.30 Uhr abends: Konzert. Solisten: Mafalda Salvatini, Sopran, und Dirk Magré, Baß. Dir.: Selmar Meyrowitz. 1. Rossini: Ouvertüre zu „Der Barbier von Sevilla“ (Orchester). 2. a) Halévy: Wenn ew'ger Haß, aus „Die Jädin“, b) Auber: Barcarole aus „Die Stämme von Portici“ (Dirk Magré). 3. Verdi: Poca, Poca, aus „Die Macht des Geschickes“ (Mafalda Salvatini). 4. Meyerbeer: Duett Valentin und Marcel aus „Die Hugenotten“ (Mafalda Salvatini und Dirk Magré). 5. Verdi: Ouvertüre zu „La Traviata“ (Orchester). 6. Verdi: Arie des Königs aus dem II. Akt des „Don Carlos“ (Dirk Magré). 7. Puccini: a) Arie, b) Menuett aus „Manon Lescaut“ (Mafalda Salvatini). Berliner Funkorchester. Anschließend: Dritte Beilage der neuesten Tagesnachrichten, Zeitanzeige, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theater- und Filmkondiz. 10.30—12 Uhr abends: Tanzmusik.

Die städtische Dollaranleihe.

Gestern hat die Finanz- und Steuerdeputation endgültig die städtische Dollarnote von 15 Millionen Dollar genehmigt und auch den Einzelheiten der Vergebung die Zustimmung erteilt. Wenn jetzt die Genehmigungsstelle der Reichsregierung ebenfalls ihren Segen gibt, wird die Anleihe endlich unter Dach und Fach sein. Das peinliche Getöse der Führer der Deutschen Volkspartei wird dann glücklicherweise erfolglos gewesen sein. Mit den Widerständen, die von dieser Seite gegen den Ausbau unserer städtischen Werke inszeniert werden, ist sowieso eine gründliche Abrechnung im Plenum der Stadtoverordnetenversammlung noch unbedingt notwendig. Der große Nationalheld Stolt, der am Donnerstag im Rathaus eine schmetternde Philippika gegen die Verschleppung Deutschlands durch das Auslandskapital hielt, kam leider zur Beratung zu spät. Sonst hätte man ihn gefragt, wieviel Provision die Sowjetregierung geben würde, wenn sie in der glücklichen Lage wäre, sich zu den Bedingungen der Stadt von den Amerikanern verschlaven zu lassen. Die Russen würden mit beiden Händen zugreifen, was Herrn Stolt nicht hindert, bei uns Reden zu halten, an die er selbst nicht glaubt.

Ein Ueberfall in den Müggelbergen.

In den Müggelbergen wurde gestern abend um 8 1/2 Uhr ein Mädchen aus Köpenick von einem Mann, der sich ihm in der Nähe der „Sandkurve“, des ehemaligen Schichtstandes, schamlos näherte, überfallen, während ein zweiter Mann hinter einem Baume stand. Die Ueberfallene setzte sich zur Wehr und brachte dem Angreifer mit einem Schlüssel starke Verletzungen an der linken Gesichtshälfte in der Nähe des Auges bei. Der Ueberläter ist etwa 20 Jahre alt, trug einen blauen Anzug, eine blaue Mütze und eine Hängehurte mit einem Hüfelsen und hat eine längliche Narbe am Kinn. Angaben zu seiner Ermittlung an die Kriminalpolizei in Köpenick, Schönholzerstraße 3, und an die Berliner Kriminalpolizei.

Vürsorge für Zahn- und Kieferkranke.

Das Birkow-Krankenhaus hat auch eine zahnärztliche Abteilung mit Kieferstation. Sie ist jetzt als Bettenstation eingerichtet worden, so daß hier ein Zusammenwirken von Zahnarzt und Chirurg möglich wird. Vor wenigen Tagen wurde sie von Fachleuten der Zahnheilkunde, von Universitätsdozenten, praktischen Zahnärzten und Vertretern der Fachvereine besichtigt. In Vertretung des die zahnärztliche Abteilung leitenden Arztes Dr. Köppel übernahm sein Assistent Dr. Wasmund die Führung. Die Räume dieser ersten zahnärztlichen Bettenstation eines Krankenhauses sind einfach ausgestattet, desto besser ist aber die Versorgung mit Instrumenten. Man muß wünschen, daß in nicht zu ferner Zeit bei allen Krankenhäusern derartige Einrichtungen zur stationären Behandlung der Kieferkranke geschaffen werden. Im Birkow-Krankenhaus haben in 1924 etwa 7000 Kranke die zahnärztliche Abteilung in Anspruch genommen, gegenüber erst 3000 in 1919 und jährlich rund 800 in der Zeit vor dem Kriege. Die Zahnklinik ist, wie Dr. Wasmund ausführte, zu einer Einheit des Volkes geworden. Hauptsächlich in der minderbemittelten Bevölkerung wird eine rechtzeitige Behandlung frakter Zähne nur zu oft unterlassen. Bei den Handarbeitern, die oft von Unfällen heimgeführt werden, sind auch besonders zahlreich die Kieferbeschädigungen. Diese mit vorläufig zwölf Betten ausgerüstete Station, die ein Anfang ist, gibt Zahnärzten die Möglichkeit, Kranke in geeigneten Fällen hierher zu überweisen.

Die liebe Nachbarin.

Biße erheitern die menschliche Seele, auch schlechte Biße werden mitunter gern gehört. Ist jedoch der Betroffene reichlich empfindlich, so kann die Sache für den Humoristen läbel auslaufen. So erging es dem Arbeiter F., der einmal als Zeuge in einer Strafsache auf einem Polizeirevier vernommen werden sollte. Da erfahrungsgemäß große Dinge meist lange auf sich warten lassen, gab ihm seine Ehefrau noch ein reichliches Frühstück mit. Wider Erwarten war er in einer knappen Viertelstunde zurück. — „Aber lieber Mann, so sagte die Ehefrau beim Dessinen der Tür, wie war denn das so rasch möglich?“ — „Kunststück, sagte jener, ich habe dem Wachtmeister eine Zigarre gegeben.“ — Dies hörte eine geschäftige Nachbarin, die von der Vernehmung wußte und den zuständigen Beamten aber auch als Nichttrouher kannte. Sie teilte diesem daher die Aeußerung mit, der Beamte machte Strafanzeige. Der Arbeiter F. hatte sich vor dem Schöffengericht zu verantworten und er erhielt für sein unüberlegtes Wort — 3 Monate Gefängnis. Er wird sich dafür sicherlich bei jener freundlichen Nachbarin herzlich bedanken. Andere Fragen sind die, ob es zweckmäßig ist, wegen solcher geringfügiger Dinge die Gerichte zu betätigen und ob es wirklich nötig war, jenes unüberlegte Wort mit einer so überaus strengen Strafe zu ahnden.

Ein Fassbinderkünstler. Gestern ketterte der Filmartist Alfred Lorge an der Fassade des Hauses Friedrichstraße 78 empor, setzte sich in einem Freiluftsprung auf das Dach und vollführte dann einen gewaltigen Stimmzug bis zur äußersten Spitze des Fahnmastes. Da sich über 1000 Zuschauer, die unter allerlei Glocken der gefährlichen Kunststücke mit ihren Wägen folgten, angesammelt hatten, wurde der Begleiter vorübergehend gestört und die Polizei sah sich zum Einschreiten veranlaßt. Der Kletterer wird sich nun wegen großen Unfalls zu verantworten haben und wahrscheinlich bestraft werden. Vielleicht mochte er mit dieser „Vorstellung“ Befähigung für seinen Beruf erweisen.

Beim Abfpringen tödlich verunglückt. Der Schüler Alfred Lannig aus der Greifswalder Straße 97 versuchte vor dem elterlichen Wohnhause von einem Wagen der Linie 60 E abzuspringen. Dabei kam er zu Fall und blieb mit schweren Schädelverletzungen sowie einem Unterschenkelbruch bestmungslos liegen. Man brachte ihn nach einem Krankenhause, wo er hoffnungslos darniederliegt.

Wandert am Sonntag nicht nach Bernau! Vom Brandenburger Parteibureau werden wir um die Aufnahme des folgenden erucht: „Am Sonntag, den 28. Juni, veranstaltet der Barnimer Schützenbund in Bernau sein sogenanntes Bundesfest mit großem Lamtam. Auch ein Mitglied der Familie des früheren Kaisers soll sein Erscheinen zugesagt haben, um den notwendigen schwarzweikroten Anstrich zu geben. Unsere Berliner Freunde, die etwa zufällig diesen Sonntag zu einem Ausflug nach den Bernauer Wäldern benutzen wollten, tun gut daran, wenn sie sich ihre Sonntagsfreude nicht verderben wollen, Bernau zu meiden, damit sie nicht etwa vorbandenen schiefwüchtigen Schützenbrüdern Anlaß zu Vorfällen a la Tallow geben.“

Im Kaltboot nach Indien.

Bekanntlich wurde Schott nach Zurücklegung der 10 000 Kilometer langen Strecke von Reuburg a. D. bis Kairo an seiner Weiterfahrt durch die infolge der Ermordung des englischen Gouverneurs entstandenen Unruhen verhindert und kehrte nach Deutschland zurück, um hier die Genehmigung zu seiner Weiterreise nachwärts zu erlangen. Schott beginnt nun jetzt seine zweite große Fahrt. Er nimmt diesmal zwei zerlegbare Klepperboote von 90 Zentimeter Breite und 5 Meter Länge mit. Ein junger Ingoistadler Freund wird Schott begleiten. Interessant ist, daß Schott nach Bekanntgabe seiner ersten Fahrt nicht weniger als 300 Angebote von Leuten erhielt, die ihn auf seiner Weiterfahrt begleiten wollten. Der Beg. den Schott zu nehmen gedenkt, ist folgender: Garbafsee-Rincio abwärts zum Po—nach Venedig—Triest—Dalmatinische Küste—Montenegro—Korinth—Athen. Von Athen nach Alexandria will Schott einen Dampfer benutzen. Von Alexandria geht es im Boot weiter nach Port Said—Rotes Meer—Aden—Perlischer Golf nach Indien.

Der Kampf um die Mietsteuer.

Reichsfinanzministerium und Hausbesitzer gegen Wohnungsbau.

Die Inflationsgesetzgebung schwemmte die Wohnungsbaubausgabe weg. In ihre Stelle trat die Hauszinssteuer, die aber nur zum Bruchteil für den Wohnungsbau verwendet wurde, im übrigen aber zur Deckung des Fehlbetrags der Länder und Gemeinden diente. Von der Friedensmiete wurden 20 bis 27 vom Hundert als Mietsteuer erhoben und von dieser Mietsteuer sollten zehn vom Hundert für den Wohnungsbau verwendet werden, das ergab in den einzelnen Ländern 2 bis 14 Proz. der Friedensmiete für den Wohnungsbau, also etwa 4 bis 500 Millionen Mark. Die Wirkung war, daß der Wohnungsneubau stockte und weder der Mißbedarf noch der Neubedarf an Wohnungen gedeckt wurde, mithin die Wohnungsnot stieg. Die Wohnungsnot muß aber unter allen Umständen als die bitterste und dringendste soziale Not beseitigt werden. Deshalb der Kampf um die Mietsteuer, sie wieder voll dem Wohnungsbau zuzuführen. Das Reichsfinanzministerium hat aber Gedächtnis an der Mietsteuer gefunden und will sie weiter als Finanzgleichsobjekt nutzen. Zu der Finanzgleichsobjekt macht das Reichsfinanzministerium folgende Rechnung auf. Von der Friedensmiete sollen

- 40 Proz. dem Hauseigentümer,
- 5 „ für Hypothekenzinsen,
- 10 „ Aufwertung der Hypotheken,
- 5 „ für Aufwertung des eigenen Kapitals,
- also insgesamt 60 Proz.; dagegen
- 10 Proz. für den Wohnungsbau und
- 30 „ für den Fehlbetrag der Länder und Gemeinden verbleiben.

Die eigentliche Mietsteuer soll also um 100 Proz. erhöht werden, der Teil für den Wohnungsbau niedrig bleiben, während der

Anteil der Länder und Gemeinden an der Mietsteuer wesentlich erhöht werden soll.

Gegen diese Absicht läuft der Wohnungsausschuß des Reichstags Sturm, die Mehrheit will mit der sozialdemokratischen Fraktion 20 Proz. der Friedensmiete ausschließlich zum Wohnungsbau verwendet wissen und lehnt die Steuer als Finanzgleich ab. Das Reichsarbeitsministerium sieht ein, daß der Wohnungsbau durch den Finanzausgleich unter den Schlitzen kommt, und rief der Arbeitsminister Brauns den Wohnungsausschuß und die Fraktionen des Reichstags um Hilfe gegen den den Wohnungsbau hemmenden Finanzausgleich an. Er wies nach, daß der Mißbedarf an Wohnungen mindestens 600 000 betrage und ein jährlicher Neubedarf von 150 000 Wohnungen entstehe. Er kam also zum selben Resultat wie der Artikel „Schafft Wohnungen“ im „Vorwärts“ vom 24. April. Um das Wohnungselend zu beseitigen, bedarf es des jährlichen Neubaus von über 150 000 Wohnungen. Es seien nun gebaut worden:

1919	56 714 Wohnungen
1920	108 092
1921	134 224
1922	146 615
1923	118 385

abzüglich der durch Abbruch usw. eingegangenen Wohnungen. Für 1924 liegen endgültige Zahlen noch nicht vor, doch schätzte er den Neubau geringer ein als der im Jahre 1923 erzielte.

In keinem dieser Jahre sei durch Neubefreiung der jährlich neu entlebende Wohnungsbedarf gedeckt, im Gegenteil, der Mißbedarf sei ständig gewachsen. Ein Rückgang des Neubedarfs werde sich erst einstellen, wenn sich der Geburtenrückgang bei den Eheschließungen auswirke, also in etwa 18 bis 20 Jahren.

Die Baukosten hätten sich gegen den Frieden verdoppelt, so daß im Durchschnitt die Herstellung einer Wohnung etwa 10 000 Mark koste. Rechnet man einen Zuschuß von 6000 Mark für die Wohnung

an, und würden jährlich 125 000 Wohnungen gebaut, dann würde ein Zuschuß von 750 Millionen notwendig sein. Das entspricht 15 Proz. der Friedensmiete.

Damit wäre noch nicht der jährliche Neubedarf an Wohnungen gedeckt. Der Arbeitsminister hoffte auf die Privatbautätigkeit, wogegen aber die 4000 Mrk. Eigenkapital und bei den hohen Zinssätzen das Leihkapital für den Wohnungsneubau herkommen soll, darüber schwebte er sich aus. Er lehnte es auch ab, die neu angefallenen Kapitalien der Sozialversicherung gegen mäßigen Zins dem Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen, denn schon jetzt sei ein solcher Ansturm von der Wohlfahrtspflege auf diese Mittel, obgleich 8 Proz. Zinsen dafür gezahlt werden müßten. Woher also die Mittel für die private Bautätigkeit kommen sollten, blieb schleierhaft.

Der Wohnungsausschuß beharrte deshalb auf seinem Standpunkt, daß der Wohnungsbau nur aus öffentlichen Mitteln gefördert werden könne, und daß mindestens 20 Proz. der Friedensmiete als Wohnungsbauabgabe für den Wohnungsbau verwendet werden müßten. Die Fraktionen haben inzwischen zu diesem Vorschlag Stellung genommen. Der Reichsarbeitsminister hat aber eine sehr schlechte Presse für seinen Ratgeber gefunden. Denn er verhalte ungehört. Die Parteien haben sich in ihrer Mehrheit vorbehaltlich ihres grundsätzlichen Standpunktes für die 20 Prozent Wohnungsbauabgabe entschieden und sich bereit erklärt, im Finanzausgleich in diesem Sinne auf das Finanzgleichgewicht einzuwirken. Der Kampf beginnt und sein Ausgang hängt es ab, ob die Wohnungsnot bald gebannt wird, wann Mi- und Neubedarf an Wohnungen gedeckt wird, wann also die Zwangswirtschaft im Wohnungsbau abgebaut werden kann. Jetzt stehen zwei Interessengruppen hemmend im Weg. Das Reichsfinanzministerium mit dem Finanzausgleich für Länder und Gemeinden und die Hausbesitzer, die sich ihren Säckel füllen wollen. Das Ziel beider ist die Miete auf Friedenshöhe und darüber hinaus zu steigern. Mieter, seid auf der Wacht und helft mit, den Widerstand zu brechen und die Wohnungsnot zu bannen.

Außergewöhnlich

Mengenabgabe vorbehalten		Mengenabgabe vorbehalten	
Crêpe marocain 1 ²⁵	Vollvoile 1 ⁶⁵	Paletots 9 ⁷⁵	Kleider 9 ⁷⁵
aparte Muster, Baumwolle, Meter	doppeltbreit, modernes Muster, Mr.	Donegal und Covercoat	aus Frotté-Schotten, jugendliche Machart
Crêpe marocain 2 ⁹⁰	Kleider 3 ²⁰	Kasak 3 ⁹⁰	Kasak 4 ⁵⁰
moderne Muster, reine Wolle, Meter	Alpaka, gestreift und uni, ca. 115 cm breit	Konfessionen, mit Sammetband und Knöpfen	aus reinem Baumwoll-Crêpe, offen und geschlossen, in schöner bunter Ausmusterung
Kunstst. Trikot 3 ⁹⁰	Foulard 4 ⁹⁰	Flauschkappen 1 ¹⁵	Piket-Südwestster 1 ⁴⁰
ca. 140 cm breit, schwarz und weiß	reine Seide, doppeltbreit, Meter	Passformen 1 ⁷⁵	für Damen 2 ⁷⁵ für Kinder
Trikotanzüge 1 ³⁵	Badeschuhe 2 ⁵⁰	Leichte Lodenjoppen 11 ²⁵	Gummimäntel 18 ⁰⁰
versüßigt, Trikot, glatt schwarz u. mit farb. Besatz	aus Leder und Stoff, mit Gummisohle, Größe 35-45	praktisch für die Wanderschaft, mit Rückengürtel	haltbar, Beug u. Gummierung
Frottiertoffe 5 ⁹⁰	Gummihüte 75	Oberhemd 4 ⁹⁰	Netzjacken 1 ¹⁰
für Mantel, in schön. Farb. u. Must. Mr. Extra schwarz, ca. 120cm breit, Mr. B, 50	tasche Form, versüßigt, Naturgummigüte, 95 Pf.	Perkal, mit 1 Kragen	für Herren, Größe 4
Elegante Damen-Halbschuhe 14 ⁵⁰	Herren-Halbschuhe 16 ⁵⁰	Socken 45	Strümpfe 95
mit Spangeln, braun Velourskalt, mod. Form, in versch. Ausf., Paar	braun und schwarz, mit farb. Einsatz, elegante Form, Paar	für Herren, versü. Spitze und Fers	Mako f. Dam. mit Doppelsohle u. Hookfest

HERMANN TIETZ

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater
Opernhaus
8 Uhr: Götterdämmerung
Opernhaus am Königplatz
8 Uhr: Tosca
Schönheitshaus
7 1/2 Uhr: Brand im Opernhaus
Schiller-Theater
7 1/2 Uhr: Doppelselbstmord
Volksbühne
7 Uhr: HAMLET
Berliner Theater
7 45 Uhr: Anneliese v. Borsani
Rose-Theater
8 1/2 Uhr: Die kleine Kappler
Waller-Theater
Tägl. 8 Uhr: Meiseken

Theater im Admiralsplatz
Täglich 8 1/2 Uhr:
Chocolade Kiddies
Amerikas größte farbige Künstler!
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr: Die ganze Vorstellung zu halben Preisen!

Central-Theater
8 1/2 Uhr: Die ganze Vorstellung zu halben Preisen!

Metropol-Theater
8 1/2 Uhr: Tausend süße Beischnen

Th. 4. Westens
Steinpl. 931 50:
USCHI
v. Jean Gilbert
8 1/2 Uhr: Die große Komödie
Wegen großen Andrangs an d. Abend 8. Uhr a. Vorverkauf zu benutzen.

Th. I. Komm.-Str.
8 1/2 Uhr: Tausend süße Beischnen

Th. 4. Westens
Steinpl. 931 50:
USCHI
v. Jean Gilbert
8 1/2 Uhr: Die große Komödie
Wegen großen Andrangs an d. Abend 8. Uhr a. Vorverkauf zu benutzen.

Th. I. Komm.-Str.
8 1/2 Uhr: Tausend süße Beischnen

Komische Oper
A. U. Dir.: James Klein 8 U.
Berlins erfolgreichste Revue:
Das hat die Welt noch nicht geseh'n
Sommerpreise!

Lunapark
Heute Konzert des Berlin. Philharm. Blas-Orch.
Feuerwerk
Schlusslied: Der hellere Fridolin.
Lebende Skulpturen
6 Borrys

WINTERGARTEN
Der glänz. Juni-Spielplan (Capitol)

Reichshallen-Theater
8 Uhr:
Steifner Sänger
„Das Deutsche Meer“
Ab 1. Juli Entsch. der Dresdener Victoria-Sänger
Dönhof-Operette
Saal und Garten
großes Theater

10 Kapellen — Riesenvariété

TODESBRINGAP
CLIFF AEROS
IM
ULRINGER
mit seinem Feuersturz aus 28 m Höhe
Gale-Feuerwerk
Eintritt 50 Pfg.

Antliche Wettannahme
des Union-Klubs
Berlin NW 7, Schadowstr. 8.
Annahme von Wetten für alle Rennen in der Zentrale, Schadowstr. 8, in allen Plätzen und bei den größeren Renn-Vereinen im Reich.
Auszahlung der vollen Totalisatorquoten ohne jeden Abzug.
Schriftliche Aufträge und Anträge auf Konto-Einrichtung sind nur an die Zentrale zu richten.

Krause-Pianos
zur
Miete
Anshacher Str. 1.
für 1/2 Jahre

Exantrypanden
Jeder hat
seinen eigenen
Paul Geilert
Sommerhof bei New
Mariannenstr. 3.
Eint. Marienpl. 100 00

Möbel fabrik
wil Maass
Direkter Verkauf an Private nur im
Fabrikgebäude. — Riesenauswahl
Berlin, Brunnenstr. 35

Bekleidungsvertrieb des Westens
Inh. Max Pitzels.
in den neuen bedeutend erweiterten Räumen
jetzt Potsdamer Str. 132 eine
Tryp.
zwischen Potsdamer Platz und Koberplatz.

Damen-Kleider
Gesellschaftskleider
Kostüme
Mäntel
Gummimäntel

Herren-Paletots
Ulster, Anzüge
Smoking- und
Gesellschafts-Anzüge
Gummimäntel

vom Einfachsten bis zum Elegantesten.

Teilzahlung ohne Preisausschlag gestattet!
Ware kann gegen Auswahl sofort mitgenommen werden.

Fertig und nach Maß!

Reederei
Falkensteinstr. 48
Ab Oberbaumbrücke täglich außer Sonnabends reizvolle Dampferfahrten nach
Neu-Heringsdorf und **Waltersdorfer Schleuse**
Abfahrt: Sonntags 12 u. 2 Uhr mittags, Wochentags 9 Uhr vorm.
Fahrpreise für Hin- und Rückfahrt:
Sonnt: Neu-Heringsdorf 1.50 M., Waltersdorf, Schleuse 2.- M.
Wochent: 1.- 1.50

Kieck
Moritzpl. 5197

Gardinen
Sonderangebote!
Gelegenh. - Käufe
in Resten
Stores, Deckendes
Madras- und
Küchengeräte.
Berl. - Charlottenburg
Bucklin, Burgstr. 57
am Ringbahnhof.

Unfallgesetzgebung.

Verlängerung der dritten Steuernotverordnung. — Hergt kneift.

Das Haus tritt in die erste Beratung des Gesetzentwurfes der Regierungsparteien zur Verlängerung der

Geltungsdauer der 3. Steuernotverordnung.

ein.

Abg. Keil (Soz.):

Im Juni 1924 hat die deutschnationale Fraktion den Antrag gestellt, die 3. Steuernotverordnung aufzuheben. Im Juni 1925 stellen die Regierungsparteien unter Führung derselben deutschnationalen Partei den Antrag, die 3. Steuernotverordnung über den 30. Juni 1925 hinaus zu verlängern. Damit ist die Situation gekennzeichnet. Das Bild wird aber noch interessanter, wenn man einige Striche hinzusetzt. Im Juni 1924 hat Herr Hergt im Reichstag erklärt,

wenn die Deutschnationalen in der Regierung säßen, würde das Aufwertungsgezet schon am ersten Tage dem Reichstag zugehen, und er rechne mit der Erledigung des Gesetzes binnen wenigen Wochen.

Der deutschnationale Antrag kam nicht zur Abstimmung, weil die Antragsteller selbst keinen Wert darauf legten. Warum sie das nicht taten, haben wir im Ausschuh erfahren, weil nämlich die Deutschnationalen selbst mit dessen Annahme rechneten und daher kein Gewicht mehr auf den Antrag legten. Nachdem die Deutschnationalen in die Regierung eingetreten sind, haben sie weder die Aufwertungsvorlage am ersten Tage vorgelegt, noch die 3. Steuernotverordnung aufgehoben. Die Aufwertungsvoilage kam erst im Verlauf von fast vier Monaten, erst infolge des deutschnationalen Antrags, sondern auf Grund des Antrags der Sozialdemokratie. Damit nun kein Vakuum einträte, wird jetzt die Verlängerung der 3. Steuernotverordnung beantragt. Wir werden dem nicht zustimmen. Es kann nicht bestritten werden, daß der Aufwertungs-ausschuh gelang hat, was in seinen Kräften stand. Er hat fast jede freie Stunde für seine Beratungen ausgenutzt. Die Verzögerung ist schon vor der Einreichung der Vorlage entstanden, wir können sie nicht nachträglich gutheißen. Wir können aber auch nicht die Verantwortung für die Verzögerung im Ausschuh übernehmen. Die Regierungsparteien haben es

bis zu dieser Stunde verhindert, daß die Besteuerung der großen Profite des Großkapitals aus der Geldentwertung vorgenommen wird. (Hört, hört! bei den Soz.)

Wie weit persönliche Interessen (hört, hört!) einzelner Mitglieder des Ausschusses oder einzelner Mitglieder des Reichstags dabei mitspielen, ist noch nicht ganz aufgeklärt. Herr Dr. Best hat in einer öffentlichen Erklärung davon gesprochen, daß derartige persönliche Interessen bei einzelnen Mitgliedern der deutschnationalen Fraktion eine Rolle spielen. (Hört, hört! bei den Soz.) Die Deutschnationalen haben darauf geantwortet, das wäre nicht wahr, sie ließen sich nur von sachlichen Gründen leiten. In seiner Gegenantwort hat Herr Dr. Best seine Behauptung aufrecht erhalten und sich bereit erklärt, wenn es weiterhin bestritten werde, Namen zu nennen. Darauf trat

betrofenes Schweigen

ein. Wir haben deshalb ein Recht zu sagen, daß diese Angelegenheit noch nicht genügend aufgeklärt ist. Sie bedarf einer gründlichen Aufklärung, und zwar von dieser Stelle aus. (Sehr wahr! bei den Soz.) In dieser Situation geben die Deutschnationalen nun aufs neue groß unwahre Flugblätter heraus. Ich habe eins hier, das heißt ist: „Die Sozialdemokratie gegen die Aufwertung.“ (Hört, hört! bei den Soz.) Es wird darin Bezug genommen auf eine Stelle in einer Rede des Abg. Hilferding. Ich habe das Flugblatt eben erhalten und konnte es noch nicht nachprüfen. Aber gesetzt den Fall, es wäre richtig, so ergäbe sich die folgende Situation: Wir Sozialdemokraten wollen den kleinen Sparern und Gläubigern etwas geben, was wir ihnen nicht versprochen haben,

die Deutschnationalen dagegen haben etwas versprochen und wollen es jetzt nicht geben.

Wir werden noch im einzelnen darauf eingehen. Da aber im Augenblick die Gläubiger und Sparer immer noch auf die Regelung der Aufwertungsfrage warten, so können wir die Verantwortung für deren Verzögerung nicht übernehmen, und wir stimmen gegen das Gesetz. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Kotsch (Rom.) wendet sich unter Ausfällen gegen die Deutschnationalen gleichfalls gegen den Antrag.

Abg. Keil (Soz.): Ich will nur feststellen, daß ich vorhin die Frage aufgenommen habe, wie weit persönliche Interessen an der Verzögerung der Aufwertung eine Rolle spielen. Herr Hergt hat sich dazu auch zum Wort gemeldet. Nachher hat aber eine Besprechung der Deutschnationalen Fraktion stattgefunden und danach hat

Herr Hergt keine Wortmeldung wieder zurückgezogen.

Abg. Hergt (Dnat.): Es ist richtig, daß ich mich zum Wort gemeldet habe, nachdem ich aber diesen Insinn hörte (Stürmische Zurufe von links) habe ich mir die Erlaubnis meiner Fraktion geholt, meine Wortmeldung wieder zurückzuziehen. (Stürmische Heiterkeit. Zurufe Feilsing!)

In der Abstimmung nimmt das Haus den Gesetzentwurf in allen drei Lesungen an. Die 3. Steuernotverordnung gilt demnach bis zum 15. Juli 1925.

Das Haus wendet sich dann der zweiten Beratung der Novelle des

Unfallversicherungsgezetes

zu. Diese Novelle enthält einen Ausbau der Sachleistungen mit den durch die Nachkriegsverhältnisse erforderlich gewordenen Änderungen, teilweise mit rückwirkender Kraft sowie einen Ausbau der Verletzten- und Hinterbliebenenrente.

Abg. Becker-Herbom (Soz.):

Der Gesetzentwurf hat wohl im Ausschuh eine Umgestaltung erfahren, aber in sehr vielen Punkten ist eine Übereinstimmung der Parteien nicht erreicht worden. Wo das im Untersauschuh erzielt wurde, haben es die Reichsparteien durch die Stellung neuer Anträge wieder verhindert. Wir haben bei der Einbringung des Gesetzentwurfes keinen Zweifel darüber gelassen, daß er nicht sehr viele Verbesserungen, dagegen um so mehr Berichtigungen an bringt. In der Hauptsache stellt er einen Raubzug auf die Taschen der Unfallverletzten dar. Er brachte eine gewaltige Verschlechterung für alle Rentenbezieher bis zu 30 Proz. und eine Aushebung des Unfallzuschusses. Dem standen auf der anderen Seite nur geringe Verbesserungen gegenüber. Wir sind ja der Meinung, daß die beste Unfallversicherung die Unfallverhütung ist, und daß auf diesem Gebiete in ganz anderem Ausmaße der Hebel angelegt werden muß, um Unfälle zu verhindern. Wie sich die Berufsgenossenschaften und die Unternehmer dazu stellen, das geht aus einer Denkschrift hervor, die sie dem Reichstag eingereicht haben. Die Regierung wollte

das Aufsichtsrecht der Beamten verschärfen

und hat zu diesem Zwecke Richtlinien für den Verkehr mit den Betriebsräten aufgestellt. Außerdem sollten die Beamten etwas

freier gestellt werden, nur aus wichtigen Gründen sollen die Berufsgenossenschaften ihnen kündigen dürfen. Dagegen nimmt die Denkschrift in schroffster Weise Stellung, sie behauptet, das sei ein Eingriff in die Selbstverwaltung. Wir wissen längst, wie

die Betriebsräte in den Unternehmungen

behandelt werden, sehr häufig wird ihnen die gesetzliche Betätigung verweigert. Gerade in ihre Tätigkeit auf dem Gebiet der Verhinderung von Unfallgefahren wird außerordentlich oft behindert.

Um die Unfallgefahren zu vermindern, gehört zu allererst eine bessere Durchbildung der Arbeiterschaft. Wir sehen aber, wie die Unternehmer überall einen

Kampf gegen die Ausgestaltung der Fachschulen

führen, daß sie möglichst das Bestreben haben, die jungen Arbeiter des Abends, wenn sie ermüdet sind, zur Schule zu schicken. In diesem Zusammenhang erheben wir die Forderung, daß die Arbeiter in erhöhtem Maße an der Kontrolle der Betriebe beteiligt werden. Nach das gehört zur Unfallverhütung, daß die Jugendlichen die notwendigen Ferien erhalten, damit sie sich die Spannkraft für ihren Beruf erhalten. In das Gesetz ist auch die Berufsfürsorge aufgenommen worden. Die Regierung verspricht sich sehr viel davon, aber wir haben die stärksten Befürchtungen, daß sie zum Nachteil der Arbeiter ausgeschlagen wird, besonders bei der Umschulung von Rentenempfängern. Auch die Ausführungen in der Denkschrift der Berufsgenossenschaften bestärken uns in den Befürchtungen, die wir für die Durchführung der Berufsfürsorge haben. Wir richten die Forderung an die Regierung, bei Erlass der Ausführungsbestimmungen den Maßnahmen der Unternehmer einen Riegel vorzuschieben. Die Berufsgenossenschaften dürfen nicht zu einer Gefahr für die Verletzten und die Rentner werden. (Sehr richtig b. d. Soz.) Man darf doch bei Erörterung dieser Fragen nicht an der Tatsache vorübergehen, daß sich die Arbeitsmethode erheblich geändert und die Unfallgefahren damit erhöht haben. Die Unternehmer behaupten, daß die Lasten zu hoch seien, und daß davon die Krankenkassen möglichst viel übernehmen müßten. Wir dagegen sind der Meinung, daß die Kosten für die Unfälle die Berufsgenossenschaften vollständig übernehmen müssen. Die Unternehmer sagen, daß die Wirtschaft diese Lasten nicht tragen könne. Wer ist denn aber die Wirtschaft? Die Arbeiter gehören doch auch dazu. Die Arbeitskraft ist gerade der wertvollste Teil der Wirtschaft und diese muß lieber entsprechend geschützt werden. Der Syndikus des Verbandes der Berufsgenossenschaften fragt in der Denkschrift: Wird sich der Meister finden, der diese Meister, nämlich der Belohnung, bannen kann? Dieser Meister hat sich schon gefunden in den jetzt vorliegenden Anträgen der Rechten. Wir haben demgegenüber eine Reihe anderer Anträge gestellt, die eine Verbesserung des Gesetzes herbeiführen sollen.

Den Arbeitern ist nicht damit gedient, daß man ihnen bei großen Katastrophen das Mitsgefühl ausdrückt. Zeigen Sie jetzt durch die Annahme unserer Anträge, daß Sie solche Katastrophen und deren Opfer verhindern wollen.

(Lebhafter Beifall b. d. Soz.)

Abg. Schwarzer (Baner. Ap.) hebt hervor, daß die soziale Gesetzgebung beeinträchtigt werde durch die schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse. Diese Wünsche seien zwar berechtigt und müßten berücksichtigt werden. Das sei aber bei der jetzigen Novelle nicht möglich, weil deren Verabschiedung sonst zu sehr hinausgezögert würde.

Abg. Käbel (Rom.) sieht die Tendenz der Vorlage in einer Entlastung der Besitzenden und Befastung der Beschäftigten. Abgehen von einigen Dekorationen und von einer kleinen Verschönerung des Gesichtes habe die Regierungsvorlage in den 30 Ausschuhstungen keine Änderung erfahren.

Abg. Jiegler (Dem.) hebt hervor, daß, wenn durch den Entwurf auch nicht alle zu erhebenden Ansprüche erfüllt worden seien, so würde die Verabschiedung des Gesetzentwurfes doch auf vielen sozialen Gebieten gegenüber dem bisherigen Zustand eine erhebliche Verbesserung bringen. „Die Wirtschaft“ müsse, wenn sie entlastet werden wolle, auch in ihren eigenen Reihen sich umsehen. Der Redner verweist auf den großen Unterschied zwischen den Fabrikpreisen und den Bodenpreisen bei vielen Erzeugnissen.

Abg. Stöhr (Bölk.) meint, es sei nicht wenig, was an sozialer Reform durch die Vorlage geboten werde; bedauern müsse man, daß es nicht möglich war, den Kreis der Berechtigten zu erweitern. Das müsse nun bald geschehen.

Damit schließt die Generaldebatte.

Abg. Aufhäuser (Soz.)

tritt für die Erweiterung der Unfallversicherung auf die Berufsgruppen der Gastwirtsangestellten und des darstellenden Bühnenpersonals ein. Das lasse sich ohne Schwierigkeiten durchführen, diese beiden Berufe können ohne weiteres in die Berufsgenossenschaften aufgenommen werden. Der Reichstag habe so viel von der Förderung des Gesundheitswesens gesprochen. Es sei das Mindeste, daß nach dem Antrag der Sozialdemokratie der soziale Schutz auch auf diese beiden Berufsgruppen ausgedehnt werde.

Ministerialdirektor Geleier vom Reichsarbeitsministerium verweist demgegenüber auf die im Ausschuh angenommene Entschliehung und gebene Zusage der Regierung, daß sie in dem Antrag Aufhäuser gewünschte Einbeziehung der erkrankten Berufsgruppen in einem besonderen Gesetzentwurf vornehmen werde und sich „ernsthaft“ mit der Frage beschäftigen werde.

Abg. Andre (S.) bittet mit Rücksicht auf diese Erklärung des Regierungsvortreters, den Antrag Aufhäuser abzulehnen.

Abg. Frau Schroder (Soz.) verlangt von der Regierung die schnellstmögliche Einbeziehung des Krankenpflegepersonals in die Unfallversicherung. Sie weist auf eine Enquete des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes aus den Jahren 1923/24 hin, die geradezu erschütternde Zahlen an Todesfällen und Infektionen an Lungentuberkulose des Pflegepersonals ergeben hat.

Der Antrag der Sozialdemokraten wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt.

Annahme findet ein Antrag Jiegler (Dem.), der in das Gesetz die Bestimmung einführt, daß die Versicherungsträger dem Reichsversicherungsamt nach seinen Bestimmungen diejenigen Mitteilungen geben sollen, deren es zu seinen statistischen usw. Arbeiten bedarf.

Abg. Karsten (Soz.):

Wir beantragen an Stelle der bisher gezahlten 66% Proz. 100 Proz. des entgangenen Lohnes für Schwererletzte zu zahlen. Abgesehen davon, daß diese Unfallverletzten in ihrer ganzen Existenz vernichtet werden, daß es ihnen nicht möglich ist, sich eine wirtschaftlich gesicherte Zukunft zu schaffen, erleiden sie auch noch viele andere wirtschaftliche Schäden. Sie haben durch ihren körperlichen Schaden nicht nur täglich Leiden auszustehen, sie zählen heute als Verletzte auch zu denen, die man nicht als gleichberechtigt anerkennen will. Unser Antrag enthält also eine direkte Forderung und wir erwarten Ihre Zustimmung.

Zu diesem Antrag wie zu dem Kapitel überhaupt ist namentliche Abstimmung beantragt.

Abg. Moldenhauer (D. Ap.) spricht sich gegen den sozialdemokratischen Antrag aus, der auch material nicht begründet ist.

In namentlicher Abstimmung wird der sozialdemokratische Antrag mit 247 gegen 138 Stimmen abgelehnt.

Damit ist die vordem erwähnte Ausschuhfassung angenommen.

Abg. Frau Schroder (Soz.) begründet dann einen Antrag, zu jeder Rente für jedes eheliche Kind bis zum vollendeten 18. Lebensjahre einen Zuschlag von 10 Proz. zu gewähren. Auch hierzu ist namentliche Abstimmung beantragt.

Die Ausschuhfassung sieht einen 10prozentigen Zuschlag nur zu Schwererlehtenrenten und nur vor für jedes eheliche Kind bis zum vollendeten 15. Lebensjahre. Nur wenn ein Kind infolge körperlicher oder geistiger Gebrechen nicht imstande ist, sich selbst zu ernähren, soll nach der Ausschuhfassung auch nach dem 15. Lebensjahre bei Schwererlehten Renten weitergezahlt werden. In der Abstimmung wird der sozialdemokratische Antrag gegen Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt. Der Ablehnung verhält auch gegen die gleichen Stimmen ein kommunistischer Antrag, der die Rinderzuschläge auf 20 Proz. erhöhen wollte.

Namentliche Abstimmung wird über einen Antrag der Regierungsparteien beantragt, den Gesetzesparagrafen zu streichen, der die Unvollrente mit Wirkung vom Tage des Anfalls festsetzt und den Verletzten solange als voll erwerbsunfähig betrachtet, als er Krankengeld aus der Krankenversicherung bezieht. Die namentliche Abstimmung ergibt die Annahme des Antrages mit 220 gegen 170 Stimmen. Damit ist also dieser Gesetzentwurf gestrichen.

Abg. Karsten (Soz.) begründet einen Antrag, der sich mit der Kapitalabfindung von Leicht-Unfallverletzten beschäftigt. Die Sozialdemokraten wünschen die Möglichkeit der Kapitalabfindung erst, wenn die Rente nur ein Fünftel der Vollrente beträgt. Dieser sozialdemokratische Antrag wird gegen Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt.

Annahme findet ein Antrag der Regierungsparteien, der festsetzt, daß Renten von nicht mehr als einem Zehntel der Vollrente zwei Jahre nach dem Unfall durch den dreifachen Betrag einer Jahresrente abgefunden werden können.

Abg. Schmidt-Röpenick (Soz.) begründet einen Antrag, wonach die

landwirtschaftlichen Arbeiter

bei der Festlegung des Jahresdurchschnittslohnverdienstes für die Unfallrente ebenso wie die industriellen Arbeiter behandelt werden sollen. — Die Ausschuhvorlage sieht die Festlegung des Durchschnittsjahresverdienstes der landwirtschaftlichen Arbeiter durch einen besonderen Ausschuh der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft vor.

Abg. Behrens (Dnat.) wendet sich gegen den sozialdemokratischen Antrag. Die Verhältnisse in der Landwirtschaft seien ganz anders gelagert als die der Industrie.

In namentlicher Abstimmung wird der sozialdemokratische Antrag mit 247 gegen 135 Stimmen abgelehnt.

Nach Annahme weiterer weniger bedeutender Entwürfe wurde

die 2. Lesung der Unfallvorlage beendet

und die Vorlage, durch die angenommenen Anträge verändert, angenommen.

Das Haus nimmt auch noch die dritte Lesung vor. Die Schlussabstimmung findet auf Antrag des Abg. Eiser (S.) namentlich statt.

Ihr Ergebnis ist, daß die Unfallvorlage mit 334 gegen 26 Stimmen angenommen wird. Fünf Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten.

Zum 3. Punkt der Tagesordnung, Abänderungsverhandlungen über den

deutsch-spanischen Handelsvertrag

gibt Ministerialdirektor Winter namens der Reichsregierung eine Erklärung ab, aus der hervorgeht, daß bereits 35 Millionen Mark als Kredite für die Winger zur Verfügung gestellt seien.

Nach Anhörung dieser Regierungserklärung beschloß das Haus gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Bäckischen und Kommunisten heute nicht mehr in die Beratung der Anträge auf Kündigung des spanischen Handelsvertrages einzutreten und vertagte sich um 10 Uhr auf Sonnabend 1 Uhr: Kleinere Vorträge.

Der Vorkommrat des Reichstags beschäftigte sich am Freitag mit der Neueinteilung der Ausschüsse entsprechend den Beschlüssen des Plenums. Eine Einigung konnte nicht erzielt werden, da die deutschpölkische Arbeitsgemeinschaft ihren Anspruch auf den Vorsitz im Aufwertungsausschuh anmeldete und für diesen Posten ihren Hospitanten Dr. Best vorschlug. Auf Antrag des Reichstagspräsidenten Löbe wurde ein Untersauschuh eingeleitet, der sich mit dieser Angelegenheit beschäftigen soll. Bis dahin sollen die Ausschüsse unter ihrem bisherigen Vorsitzenden weiterarbeiten.

Der Forstetat im Landtag.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verfällt ein Antrag Bied (Rom.), heute im Plenum eine Aussprache über die Umbildung der preussischen Regierung herbeizuführen, infolge Widerspruches aus dem Hause der Ablehnung.

Sobann überwiegen des Haus einige Anträge des Abg. Conradi (Dnat.) betr. die Vorlegung eines Reichshandwerksgezetes, die Nachprüfung der Steuerleggebung zur Entlastung von Handwerk, Handel und Gewerbe, Einstellung einer Ministerialdirektorstelle in den nächsten Haushalt zur Wahrnehmung der Handwerksinteressen, Begnadigung von Handwerkern und Gewerbetreibenden wegen geringfügiger Vergehen gegen die Preistreiberordnungen und die Auserkennung der Wuchergezetze der Ausschuhberatung.

Ferner werden der Ausschuhberatung überwiesen ein Antrag Jaeger auf Beschränkung des Strahbandhandels mit Lebens- und Genussmitteln, Gebrauchsgegenständen usw. sowie der Antrag v. Kries (Dnat.), daß die Existenzmöglichkeit des Photographenverwerbes nicht durch die Einführung der vollständigen Sonntagsruhe vernichtet wird.

Nach debatteloser Erledigung einer Reihe von Strafvorfällen, in denen der Landtag die Genehmigung verlagte, erfolgt die Beratung eines Berichtes über die Angelegenheit des Abg. Bischoff (Sp.). Dieser Abgeordnete habe von dem Landgericht Berlin-Lichtenberg eine Aufforderung erhalten, als Zeuge zu erscheinen, der er nicht Folge leistete; daraufhin wurde gegen ihn eine Strafe von 100 M. verhängt.

In der Besprechung dieser Angelegenheit macht ein Vertreter des Justizministeriums den Versuch, dieses Vorgehen des Gerichts zu rechtfertigen, während mit Annahme eines deutschnationalen die übrigen Diskussionsredner energisch die Auflassung vertreten, daß das Vorgehen des Gerichts eine Verletzung des Immunitätsrechts der Abgeordneten sei. Es wird beschloffen, die Gelegenheit zur Prüfung des Geschäftsordnungsausschuh zu überweisen und ein Gutachten einzufordern.

Darauf wird die zweite Beratung des

Haushalts der Forstverwaltung

fortgesetzt.

Diese Beratung fördert nichts Wesentliches zutage. Hierauf verlag das Haus die Weiterberatung auf Sonnabend 11 Uhr. Außerdem Urantträge betr. den Verkehr mit Grundstücken, die nächsten Wahlen für Verzeckammern usw. schloß nach 5 Uhr.

Hohe Löhne — hohe Produktionsleistung.

Das Geheimnis des amerikanischen Erfolges.

In Deutschland hat ein Sturm gegen alle sozialen Einrichtungen, gegen die „allzu hohen“, aber zum Leben unzureichenden Löhne, gegen die Einrichtung des Arbeitsministeriums, gegen Verkürzung der Arbeitszeit — kurz gegen alles eingeleitet, was eine Besserstellung der Arbeiterschaft bedeuten oder bedeuten könnte. Eine starke Belastung des Reallohnes mit Steuern und Zöllen wird von einer kurzfristigen, dem Kapitalinteresse dienlichen Regierung verfügt, ohne daß man überhaupt nach den Wirkungen dieser Schwächung der Konsumkraft auf die Gesamtarbeiterschaft fragt. Der Arbeiter ist diesen Leuten lediglich Objekt der Kapitalmacht. Stockt aber der Absatz, so will keiner daran schuld haben. Steigen die Produktionskosten infolge des Absatzmangels und technischer Rückständigkeit der Betriebe, so ist natürlich Vater Staat mit seinen Steuern, die Arbeiterschaft mit ihren Lohnforderungen oder der jeweilige Schlichter mit seinen Schiedssprüchen der Urheber, niemals die geheiligte Macht der Unternehmern, die für die Führung der Betriebe verantwortlich sind und sich mit großem Erfolg dagegen wehren, daß der Staat oder die Arbeiterschaft sich irgendwie einmischen.

Der mit geradezu verbrochener Leichtfertigkeit von den deutschen Unternehmern herbeigeführte Krisenzustand unserer Wirtschaft wird in seinen Ujochen erst verständlich, wenn man beobachtet, mit wieviel vollkommeneren Methoden das Ausland, insbesondere Amerika, der gleichen Schwierigkeiten Herr zu werden verstand, die jetzt auf der deutschen Wirtschaft lasten.

Der Arbeitsminister James V. Davis hat im Rathe der Arbeitsstatistischen Amt in Washington herausgegeben „Monthly Labor Review“ einen Aufsatz über

„Arbeitsleistung und Löhne in den Vereinigten Staaten“

veröffentlicht, von dem man nur wünschen kann, daß er von dem Reichsarbeitsminister und recht vielen deutschen Arbeitgebern gelesen und verstanden werde. Der „Heimatsdienst“ insbesondere könnte der Heimat keinen besseren Dienst erweisen, als wenn er eine deutsche Uebersetzung dieses Aufsatzes in Hunderttausenden von Exemplaren verbreitete.

Nachdem Davis gezeigt hat, daß von 1921 bis 1923 in den Vereinigten Staaten die in der Industrie durch Verarbeitung geschaffenen Werte um 41 Proz., die Zahl der Arbeiter um 26 Proz. und die gesamte Lohnsumme um 34 Proz. gestiegen sind, fährt er fort:

Wir hören genug und mehr als genug von den hohen Löhnen und den schrecklichen Löhnen, die wir den Arbeitern in den Vereinigten Staaten zu zahlen haben. Wir hören sehr wenig von den Arbeitskosten der fertigen Ware. Wir hören sehr wenig, wahrhaftig viel zu wenig von jenem Wunder der heutigen Zeiten, der Leistung des amerikanischen Arbeiters in Verbindung mit den Maschinen oder dem Werkzeug, mit denen er arbeitet.

Die Leistung steigt von Jahr zu Jahr.

Ich weiß, es ist durchaus üblich, von der Maschinenarbeit im Gegenjag zu der Handarbeit zu sprechen, als ob die Maschine, wenn sie einmal eingeführt ist, eine neue und gleichbleibende Norm für die Förderung pro Mann geschaffen habe. Heute handelt es sich aber nicht um die Unterschiede in der Produktivität der Maschinenarbeit und der Handarbeit, sondern um die Unterschiede in der Produktivität der Maschinen von heute und der Maschinen von vor einem Jahre oder von vor zwei Jahren.

Wir hören eine Menge von der Lohnsteigerung seit dem Weltkriege, der Lohnsteigerung z. B. für Schuhmacher, aber man sagt uns nicht immer, daß die Leistung pro Mann und Stunde auch ungeheuer zugenommen hat.

Die Ziegelfabrikanten und die Ziegelerbeiter von Chicago haben jeben einen neuen Tarifvertrag abgeschlossen, der eine 13prozentige Lohnerhöhung vorsieht. Es gibt Fälle in Chicago, wo eine Maschine, die von einem einzigen Mann bedient wird, 49 000 Ziegel in der Stunde herstellt. Natürlich macht es nicht viel Unterschied, wieviel Lohn man diesem Mann zahlt. Sein Lohn wird sehr wenig Einfluss auf die Arbeitskosten von 1000 Ziegeln haben.

Selbstverständlich sind nicht alle Ziegelleien so gut ausgerüstet, aber es fragt sich, ob es nicht besser wäre, die Ausrüstung zu vervollkommen und so die Förderung zu steigern und die Arbeitskosten zu verringern, lieber, als zu einer Herabsetzung der Löhne seine Zuflucht zu nehmen. Und ich darf bemerken, daß

Herabsetzung von Löhnen nicht immer Herabsetzung von Arbeitskosten bedeutet.

nicht einmal in demselben Betrieb und bei gleichbleibender Ausrüstung, weil durch niedrigere Löhne ein gewisser Prozentsatz der tüchtigeren Arbeiter, die anderswo höhere Löhne bekommen können, hinausgetrieben wird und ihre Plätze durch eine weniger tüchtige Sorte von Arbeitern gefüllt werden, die die Arbeitskosten erhöht.

Hohe Arbeitskosten trotz niedriger Löhne.

Die Akten des Arbeitsstatistischen Amtes zeigen z. B., daß in einem Betrieb, wo 13 Mannstunden erforderlich waren, um 1000 Ziegel herzustellen, die Arbeitskosten pro 1000, obwohl dieser Betrieb nur 17 Cents die Stunde zahlte, größer waren, als in einem anderen Betrieb, der 79 Cents die Stunde zahlte. Eine Lohnsteigerung von 13 Proz. erfolgte in dem Betrieb, der 79 Cents die Stunde zahlte, und der Kerk, der 17 Cents zahlte, sieht sich jetzt nach Einwanderern, nach Mexikanern um, so daß seine Arbeitskosten für 1000 Ziegel wahrscheinlich noch steigen werden.

Erhöhte Leistung sollte meiner Ansicht nach die Parole des amerikanischen Arbeitgebers auf der ganzen Linie sein — erhöhte Leistung, lieber als Herabdrückung von Löhnen.

Hohe Löhne als Faktor der Kapitalbildung.

Ich möchte die Aufmerksamkeit noch auf eine andere heute vorhandene Strömung lenken, die natürlich durch eine andauernde und einschneidende Herabsetzung von Löhnen nicht nur geheimt, sondern vernichtet werden kann. Ich meine die Strömung unter den Arbeitern, ihre Ersparnisse der Industrie wieder zuzuwenden und die Quelle für die Kapitalbefriedigung der Unternehmungen zu werden.

Seit einiger Zeit klagen die Eisenbahnen darüber, daß sie es schwer fänden, Anleihen zu erhalten, um die Kosten wirklich erforderlicher Ausbaurbeiten, Verbesserungen und Instandsetzungen zu decken. Am 7. Februar vertündete nun der Präsident der New York-Central-Eisenbahnen, B. E. Crowley, als das Ergebnis einer dreiwöchigen Bemühung um Aktienzeichnungen unter den Anstellten der Gesellschaft, daß 41570 Angestellte der Bahn Aktien gezeichnet hätten und daß der nach dem Plan der Gesellschaft angebotene Betrag um 176 Proz. überzeichnet sei.

Es sei mir gestattet, die Aufmerksamkeit auf das Berufsverzeichnis der Aktienbesitzer einer gewissen Gruppe von Telephon-Gesellschaften zu lenken. Ich denke dabei an den jüngsten Verkauf von Vorzugsaktien der Bell-Telephon-Gesellschaft von Bellingham, der Wisconsin-Telephon-Gesellschaft und eines Teiles der Südwestlichen Bell-Telephon-Gesellschaft. Es waren da 1187 Zeichner, die 733 676 Aktien nahmen. Unter ihnen waren 2627 Buchhalter, 527 Barbieri, 19774 Handlungsgehilfen, 21626 Hausfrauen, 24317 ungelernete Arbeiter, 1943 Bauhandwerker, 4101 Stenographen, 468 Schneider, 498 Hausangestellte usw.

Hier wird mittels Aktien eine Quelle für Anlagekapital in den kommenden Jahren flehen. Wenn wir über die Lohnforderungen der Arbeiter reden — und mitunter sind sie sehr unvernünftig — als von einem Versuche „die Henne zu schlachten, die die goldenen Eier legt“, so darf ich bemerken, daß es einen Weg gibt, besagte Henne zu schützen. Sind die Lohnempfänger dieses Landes erst einmal gründlich von der Ehrlichkeit der Gesellschaften, von der Bereitschaft der Gesellschaften überzeugt, anständig, vernünftig und gerecht zu sein, wie man es von Mann zu Mann ist, so werden die Lohnempfänger dieses Landes ihre Ersparnisse in Vorzugsaktien oder Stammaktien anlegen und so dem Unternehmer das zur Geschäftsführung benötigte Geld wieder zuzuwenden.

Der Ruf nach Betriebsdemokratie.

Run sollten die Leiter von Gesellschaften als ein Zeichen dafür, daß sie anständig und gerecht sind, meiner Meinung nach zwei Dinge tun. Erstens und vor allem lasse man den Lohnarbeiter einen vollen Anteil an der Steigerung der Förderung haben, die sich aus der Verbesserung der Maschinen und der Fabrikausrüstung ergibt, indem man immer die neuesten Methoden einführt, um die produktive Leistungsfähigkeit zu steigern, lieber, als die Löhne herabzusetzen. Und zweitens — was allerdings ein Teil des ersten gelten kann — gewinne man das Vertrauen des Arbeiters, lasse man ihn helfen, die Produktionsmethoden zu verbessern.

Ich sage, ohne Furcht auf Widerspruch zu stoßen, daß, wo immer man einen ehrlichen Versuch mit dem Arbeiterrat gemacht hat, er sich zum Vorteil des Arbeiters wie gewöhnlich bewährt hat. Er hat dem Geschäft genügt, er hat die Allgemeinheit gefördert.

Ich könnte Dutzende von Fällen anführen, wo Arbeitnehmer in den Beirat der Geschäftsleitung, sehr zum Vorteil beider, aufgenommen wurden. Ich möchte dem Fabrikanten sagen: gib dem Arbeiter die Möglichkeit zu sehen, was du tust, und gib die selbst die Möglichkeit, zu sehen, was er denkt, insbesondere was er von seiner Arbeit denkt.

Man vergleiche den Geist, der aus den vorstehenden Ausführungen eines Kenners der hochkapitalistischen amerikanischen Wirtschaft spricht, mit dem Geist, der uns in jeder einzelnen Kundgebung der Vereinigung deutscher Arbeitgebervereine entgegentritt.

Dort: „Hohle hohe Löhne, damit die Produktion besser wird, damit der Arbeiter Kapital sparen und es den Unternehmungen zur Verfügung stellen kann, läßt den Arbeiter zum tätigen Helfer der Produktion werden!“

Hier: „Bete und arbeite, friß aus der Hand, fort mit den Gewerkschaften!“

Man vergleiche den gegenwärtigen Geist dieser beiden Welten — und man versteht, warum Deutschland nicht hochkommt.

Steuerunrecht in der Landwirtschaft.

Besteuerung landwirtschaftlicher Großbetriebe.

Herr Bücherrevisor und Buchhalterverständiger Siegert-Dresden sendet uns die nachstehenden Ausführungen, die in hohem Grade das Interesse der Arbeiterschaft haben dürften:

In der Deutschen Steuer-Zeitung (Januar- und Februar-Nummer 1925) hat der Verfasser dieser Zeilen die landwirtschaftliche Buchführung einer Kritik unterzogen. Diese beiden Aufsätze haben außerst lebhaftes Entgegenkommen von landwirtschaftlichen Interessengruppen veranlaßt. Für die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft erwiderte in der Steuerzeitung des Landwirts (Nr. 3) Herr Dr. Fensch-Berlin, der übrigens auch in öffentlichen Veranlassungen die kritischen Aufsätze zu widerlegen versuchte. Der Reichslandbund entgegnete durch die Hauptverwaltung seiner Buchstellen. Außerdem nahmen Hochschristeller das Thema auf. Eine große Anzahl Briefe aber — offen und anonym — erhielt der Verfasser zugeandt. Von landwirtschaftlicher Seite wurde ihm darin dringend nahe gelegt, die Kritiken einzustellen, da damit der Landwirtschaft kein Dienst geleistet würde und die Gefahr bestände, daß der Landwirtschaft feindliche Kreise die Sache aufgriffen. — Nun ist es durchaus nicht meine Absicht gewesen, der Landwirtschaft einen Dienst zu leisten — im Gegenteil. Es ist eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit, die Löhnen aufzudecken, die die landwirtschaftliche Buchführung und die Steueranlagung der Großbetriebe aufweisen. Es wäre eine Ironie ohnegleichen, wenn sich die Vorfälle wiederholen würden, die sich bei früheren Veranlassungen der Landwirtschaft nach dem Buchführungsergebnis abgespielt haben. Blieben doch da Großgrundbesitzer auf Grund ihres Buchführungsergebnisses, das einen Verlust darstellte, von der Einkommensteuer befreit, während ihre Tagelöhner 10 Proz. Lohnsteuer zu entrichten hatten.

Ich möchte vorausschicken, daß ich nicht leichtsinnig Vorwürfe erhebe. Auf Grund jahrelanger praktischer und theoretischer Beschäftigung mit dem landwirtschaftlichen Buchführungs- und Steuerwesen und auf Grund der Tatsache, daß ich viele Jahre Steuerberater des Groß- und Kleinbesitzes in Mecklenburg gewesen bin und dabei sowohl die Not der kleinen Bauern als auch die ungerechtfertigten Steuerprivilegien des Großgrundbesitzes aus nächster Nähe

kennen lernte, fühle ich mich wohl berechtigt, hier das Wort zu ergreifen.

Agrarische Verlustrechnungen.

Die letzte steuerliche Veranlagung der Landwirtschaft nach dem Buchführungsergebnis war die für das Wirtschaftsjahr 1921/22. Die Finanzämter hatten damals große Schwierigkeiten zu überwinden. Der Buchprüfungsdienst war noch nicht ausgebaut. Es erschien aber auch nicht unrichtig, die vorgelegten landwirtschaftlichen Bücher, die mit einem Verlust abschlossen, ohne weiteres anzuerkennen. Hatte doch bei einer vorgekommenen Feststellung eine Buchführungsstelle bei 30 Proz. ihrer angeschlossenen Güter einen Verlust ausgerechnet. In diesem Falle lehnte das Finanzamt alle Buchführungen dieser Buchstelle ab und schätzte die einzelnen Güter auf Reineinkommen von 400—500 000 M. Diese Zahlen hielten man angenommen, weil bei anderen Gütern der Reingewinn laut Buchführung im Durchschnitt circa 1/3 Million betrug (1921/22). Die Veranlagung geschah im Frühjahr 1923. In derselben Zeit wurden jedoch die Hofbesitzer (Größe 100—200 Morgen) nach Hektarflächen eingeschätzt und zwar mit Summen von 700 000—1 200 000 M. Die obengenannten Güter also, die eine Größe von 2000—6000 Morgen hatten und Bücher führten, brauchten also nur die Hälfte Steuern im Vergleich zu den Hofbesitzern zu tragen. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß die Bücher anderer Buchstellen, die die Vermutung der Ordnungsmäßigkeit für sich hatten (also z. Teil die bei den Buchstellen landwirtschaftlichen Organisationen geführten Bücher) anerkannt wurden, auch wenn sie mit Verlust abschlossen. In diesem Falle war der Großgrundbesitzer natürlich von der Einkommensteuer vollkommen freigestellt. Eine bessere Propaganda konnten sich die Buchstellen nicht wünschen. Im Jahre 1921/22 gründete allein der Reichslandbund in Mecklenburg circa 10 neue Buchstellen. Die landw. Großbesitzer lernten auf einmal Buchführung und sie lernten es gut. Ja, viele überließen die Buchführung nicht ihren Beamten, sondern sie quälten sich selbst damit ab, indem sie den monatlich erscheinenden Beamten ihrer landw. Organisations-Buchstelle aus Notbüchern den Text in das Grundbuch (Kassenbuch) diktieren. Uebrigens ist dieses Verfahren auch heute noch auf vielen Gütern üblich.

Im obengenannten Zeitraum mußte eine Buchstelle behördlich geschlossen werden, weil man etwas allzufrüh die Interessen seiner agrarischen Auftraggeber wahrgenommen hatte. Unter anderem wurde mit beanstandet, daß die vorgekommenen Inventuren nur mit Bleistift eingetragenen und auch nicht längerer Zeit nicht mit Tinte übertragen worden waren. Daß die Landwirte in ihren Kassenberichten Kassen-Unterbestände aufwiesen, wurde dabei natürlich auch beanstandet. Für den Eingeweihten ist dieser Umstand gewissermaßen ein chronisches Leiden und kann nicht mehr verwundern.

Eröffnungs- und Schlussbilanz.

Die Buchführungsstellen einer der größten landw. Organisationen verfahren heute noch so, daß sie keine Eröffnungsbilanz bei Beginn des Wirtschaftsjahres in die Bücher eintragen, obwohl es Steuer- und handelsrechtliche Vorschriften vorsehen. Die Eröffnungsbilanz wird am Jahresabschluss mit der Schlussbilanz gleichzeitig eingetragen. Ein sehr praktisches und nachahmenswerter Verfahren. Welche Möglichkeiten sich dabei ergeben, will ich vorläufig nicht erörtern.

Die Erwiderung des Herrn Dr. Fensch kann leider nicht als ernst angesehen werden, da er die Buchführung vom politischen Standpunkt aus betrachtet. Wenn er die Buchführung als eines der wichtigsten Mittel zum Selbstschutz der Landwirtschaft betrachtet, mag er damit recht haben. Er hätte allerdings von ordnungsmäßiger Buchführung reden müssen. Die Vereinigungen, auf die er so stolz ist, a) Zentralstelle zur Erforschung der landw. Betriebsverhältnisse, b) Vereinigung zur Erlangung der Beweiskraft der Buchführung und c) Arbeitsgemeinschaft landw. Buchstellen Deutschlands, beschäftigen sich zwar viel mit der Theorie der landw. Buchführung und haben es zum Beispiel auch durchgeführt, daß im Oktober 1925 der Landwirt wieder nach dem Buchführungsergebnis veranlagt wird. Mit den Fragen der Praxis wird sich in diesen gelehrten Gesellschaften weniger beschäftigt. Im Rahmen dieses kurzen Aufsatzes kann ich heute darauf nicht näher eingehen.

Auslandsreisen statt Steuerzahlungen.

Bereits bekannt ist die Abneigung des Großkapitalismus, Steuern zu zahlen. Als im Frühjahr 1924 die Landwirte erstmalig etwas mehr Steuern zahlen sollten, ließen viele Stundungs- und Erlassgesuche bei den Finanzämtern ein. Diese Gesuche waren noch nicht erledigt, da ließen bereits Gesuche um Genehmigung zur Umwechslung von Mark in Frank und Lire usw. ein, da die Familie des Herrn v. A. den Sommer in Paris verbringen und die Familie des Herrn K. aus dringenden gesundheitlichen Gründen an die Riviera reisen mußten. Leider fühlen nur wenige Angehörige des Großgrundbesitzes die Verpflichtung, sich persönlich einzuschließen, lieber wird der Betrieb vom Nachteil der Allgemeinheit eingekauft. Sind doch viele Steuerhinterzuger und Erlasgesuche damit begründet worden, daß ablehnendfalls Abbestellung von Dünger usw. erfolgen müsse.

Zum Schluß kann nur nochmals die Forderung aufgestellt werden: Anordnung der laufenden Steueraufsicht. Betriebsrevisionen müßten öfters erfolgen. Jetzt ist alle 5 Jahre nur eine Revision vorgehen.

Steuerfreiheit deutscher Pfandbriefzinsen bei Auslandskrediten. Die Zinsen aus Pfandbriefen, die im Ausland begeben werden und an den ausländischen Banken nicht gehandelt werden, von der Besteuerung freizulassen, ist die Forderung der Gemeinschaftsgruppe Deutscher Hypothekendarlehenbanken, die diese eben der Öffentlichkeit unterbreitet hat. Nach ihrem Fundschreiben hat sie sich mit Erfolg um die Zusammenbringung eines starken Konjunktums amerikanischer Banken bemüht, das bereit ist, sehr beträchtliche Geldmittel zum Ankauf deutscher Goldmarkpfandbriefe bereitzustellen. Nach den Mitteilungen der Gemeinschaftsgruppe ist der Abschluß der Verhandlungen aber durch die deutsche Einkommensbesteuerung der Zinsen aus diesen Pfandbriefen bedroht, weil die Erträge aus Goldmark lautenden Pfandbriefen besteuert werden müssen, auch wenn sie ins Ausland gehen. Die Gemeinschaftsgruppe bringt für ihre Forderung folgendes Telegramm aus New York bei:

Wir kennen keine Bonds, die auf diesem Markt verkauft werden, welche irgendeiner Steuer ihrer diesbezüglichen Heimregierungen unterworfen sind. Die Ausgaben von Bonds der Rentenbankkreditaufstakt, die auf diesem Markt bald erwartet wird, unterliegt keiner deutschen Steuer. Die Bonds der Gemeinschaftsgruppe Deutscher Hypothekendarlehenbanken werden hier nicht verkauft sein, wenn sie nicht frei von gegenwärtigen und zukünftigen deutschen Steuern sind.

Angeichts der Bedeutung der Beschaffung ausländischen Kredits für Deutschland, werden die maßgebenden Stellen der Angelegenheit ihre besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden haben.

EMMO
Probieret Bolle Schokolade
SCHOKOLADENWERK DER MEIEREI C. BOLLE A.G.

Das Ende.

Von Otto Boetiger-Seni.

Ueber den ausgefahrenen, holprigen Hof der städtischen Pfandkammer hastete um die elfte Vormittagsstunde Peter Heidt, sein Cello dicht an den glänzenden alten Gehrad gepreßt, so, als wolle er sich nur mit Gewalt von ihm trennen lassen.

Auktionsaal 13. — Er war am Ziele. — Der Auktionator Seilemann wartete schon ungeduldig vor der Tür auf ihn. „At dachste schon, Sie kommen jarnich.“ — „Na, denn man rin in die gute Stube, es kann flech lossehen.“

Diese, stidige Luft schlug dem Atemlofen entgegen und legte sich ihm schwer auf die Brust.

Der kleine Auktionsraum, überfüllt von wartenden, schwachenden Menschen und allerlei toten und doch nur zu berebten Möbelstücken, fiel schier erdrückend mit seinen vier Wänden auf Peter Heidt. — Es roch nach Armut und Verzweiflung. — Seilemann, hier zu Hause, war an den Auktionsstisch getreten. — „Ruhe! — Achtung! Keine Herrschaften, — na, wenn Sie reden wollen, kann id ja ruhig sein! — Also, hier haben wir eine schöne alte Bagge!“ — „Violoncello“, flüsterte der blasse Besitzer gequält. — „Ein schönes Violoncello, mollte id sagen.“ Seilemann ließ sich nicht aus der Ruhe bringen; „aus Künstlerhand!“ — Er blinzelte gumütig schlau zu dem hinter ihm stehenden Peter Heidt. „Boden Sie deit Ding doch mal aus!“ — Heidt tat wie ihm geheihen mit zitternden Händen.

„Also sehen Sie hier, meine Herrschaften, das Bijonchello — tadellos erhalten — mit seinem Segeltuchbezug“ — klang Seilemanns dröhnender Bass in das noch abwartende Auditorium.

„Wer bietet?“ — Angebote — zum ersten! —

„Dreihundert Mark!“ tönte es aus dem hintergrunde.

Heidt zuckte wie geschlagen zusammen.

„Dreihundert Mark zum ersten — zum — zweiten!“ —

Seilemann wartete einen Augenblick und schaute sich abwartend nach Heidt um. — Jener raffte sich nun auf. Dreihundert Mark? Das dürfte möt sein — „Tausend Mark!“ schrie er empört den Kaufmännigen zu. Seine Stimme überbörte und löste ein Lachen unter den Zuschauern aus.

„ne Bettstelle wäre mir lieber als diese Gefühlskommode,“ brummte einer.

„Tausend Mark zum ersten — zum — zweiten und —“

„Sie, Meester, streichen se doch mal einen zur Probe!“ —

Heidt schaute hilflos auf den dicken, roten Auktionator. „Na, ma los, zeigen Sie den Herrschaften, was ne harte is!“

Peter überließ es heiß. — Hier, in dieser Umgebung spielen? Das war das Ende. — Doch es mußte wohl sein. Hastig spannte er den Bogen und stimmte die Saiten. — Ein plump vergoldeter Stuhl aus irgendeinem verrotteten Vorstadttheater bot ihm Sitz.

„Na, denn man los, uff die Liebeshörle!“ — ulkte eine fette Stimme aus dem Dunkeln.

„Two-step! — Damenwahl!“ — grölte ein Bigbold.

„Ruhe, meine Herrschaften!“ — Seilemann schlug mit dem Holzhammer auf den Tisch.

Einen Augenblick überlegte Heidt. — Sein Blick irrte ins Befenlose. Er durchträumte die Auktaste. — Nun hatte es ihn. Er sah nichts, er hörte nichts mehr um sich herum.

Ein kleines, intimes Zimmer erstand vor seinen Augen — schwer, beinahe betäubend duftete es nach frischen Azazienblüten. — Auf dem Ruhebett, den schmalen, blaffen Kopf leicht aufgestützt — Edena Solmjen, halb Kind, halb Nymfivolo, derentwegen er vor einem Jahre alles — Weib, Kind und Stellung — in der Sehnsucht aus dem freudeabtötenden Alltag der Nachkriegsjahre herausgefunden, gepöppelt hatte, von einer tiefen, verzehrenden Leidenschaft getrieben. Ihm — reiflos Erleben — ihr — ein Erlebnis — eine Schwermelung — ein — Filmatt.

Heidt wußte kaum, daß er spielte — wußte nicht, was er spielte — die Bergeuse von Gobard. Verhaltene, niedergekämpfte Sehnsucht — ein Wandern auf dunkler Straße — ein Suchen —

„Iren — das Licht fehlte — das Ziel fehlte.“

Unverstanden verhalte der letzte Ton. Heidt fühlte, daß er schlecht gespielt hatte diesmal — zum ersten Male hatte ihn nicht vor der Trennung sein Kamerad im Stich gelassen — vergalt ihm Gleiches mit Gleichem. —

Schweigen. —

Seilemann richtete sich enttäuscht auf. — „Fertig?“ —

„Also 30 Mark zum ersten — zum — zweiten!“ —

„Mensch, pack in, den Lieberzug loof id — fünf Mark!“ —

Ein darrer, stidiger Instrumentenhandler, den guten Kauf mitternd, fingert erregt in der Luft herum — „fünfundfünfzig Mark!“ —

„fünfundfünfzig Mark zum ersten, zum — zweiten.“

Heidt starrt opathisch vor sich hin. Die letzte drängende Rechnung betrug 300 Mark. Sollte er es wagen? —

„Ja spät!“ —

„— und zum — dritten! — fünfundfünfzig Mark!“

Seilemann lachte den töblaffen Heidt an. „fünfundfünfzig Mark — besser, wie een Schlag ins Genick!“

Der Käufer schwarm hat sich verlaufen. — Mechanisch rechnet Heidt mit Seilemann ab. — Zugsteuer — Kosten für Auktion — bringt es inhaltslos an sein Ohr.

Mit einem dünnen Bündel schmutziger Scheine steht er in der stidigen, müßigen Straße.

Die ausgebreiteten Stufen zu der kleinen Kutscherkneipe in der Schwarnsteinwegergasse torkelt ein schmales Kerlchen im feierlichen Gehrod hinauf. — Reugert und Lachen empfängt Peter Heidt. Trostig begehrt er dagegen auf: „Eine Stubenloge, Herr Wirt!“

Führung?



Er glaubt zu leiten und er wird gelitten.

„Na, man nich so hastig, mein Lieber. — Kommen se man erst mal richtig rin. — Hopp! — so — hier is 'n Stuhl. — So. — Also ne Stubenloge? — Haben woll heute Jedurtstag oder det große Boos jenenannt?“

Heidt raffte sich auf. Seine Augen suchten nach einem festen Halt. — „So ähnlich — ich — habe heute Vormittag Cello vorgepielt vor — meiner Fürstin, vor der — Fürstin von —“

„Loß man jut sind, Kleener!“ — Proßt! Uff Dein Wohl. — Die Fürstin soll leben — hoch soll se leben — hoch, soll se leben — dreimal —“

An der Gertraudenbrücke legt der Rettungskahn an. — Mit dunklen, unergründlichen Augen sieht der Abend zu. Mit Hilfe eines Arbeiters zieht ein Schupobeamter eine schmale, tiefende Gestalt auf die kalten Steinfliesen. —

„Kange liegt er noch nicht drin.“ Die Hand des Beamten sucht in der Seitentasche des Toten vergebens nach Ausweispapieren. Ein zerknülltes Bündel Papiergeld ist alles — noch — erbärmlich.

„Aief doch, det vielle Feld! — Not hat der nich jeltten.“

„Villeicht Liebesjram — so wat jibts — schene dämlich!“

Nur spärlich bedeckt ein schmutzgrauer Saß den schmalen Körper.

Vergebens versucht das grelle Bogenlicht der Straße noch etwas zu erholschen, dann fällt es ruhig auf das große Plakat an der bunten grellfarbene Lichtsäule zurück: U.L.-Lichtspiele — — — in der Hauptrolle — Edena Solmjen. —

Ein Bogen des Leichenschauhauses rollt dumpf heran. — Der Beamte drängt die Gasse zurück.

„Treten Sie doch zurück, meine Herrschaften, hier gibt es wirklich nichts zu sehen.“

Das andere Ufer.

Von Knulp.

Die Abhänge herunter brach ein dreifacher Lichterstrom, ein Strom schäumenden Lichtes floß durch das Dunkel: Tausende von Fackelträgern, Gefang auf den Rippen, schritten herab in den Talkeffel, aus dessen Mitte die rote Lohde des Feuers gegen den Himmel sprang, feurige Funken in den Wind schüttend. Rufe ringsum. Die Lichtstränge vereinigten sich und wurden zum blendenden Kranz, aus dessen dunkler Mitte eine Rose blühte, die wild in den Himmel drang: das Feuer! Regen fiel durch den roten Schein. Gefang brauste auf. Hans Schwade stand in der Masse der Erhobenen und war von ungeheurem Taumel erfüllt. Das Herz zitterte. Es schien mit lautem Schlag die Brust zu sprengen. Er hatte das Mädchen gesehen: allein, unter einem Kieferbusch, von dem der Regen troff, hatte sie gelesen. Mit suchenden Augen sah sie in den stürmenden Wind und in das dunkle Menschenmeer vor ihr: es brach auf in Gefang und Flammen. Mit starrem Blick und halb geöffnetem Mund sah sie wie eine, die ein Wunder sieht, in die leuchtende, singende Nacht. War er in ihr, war er dabei? Fragen katterten in ihr auf wie wunde Vögel aus erstarrtem Feld. —

Schlauer lagen um das sinkende Feuer. Da hatte sie ihn gesucht. Stieg er jetzt mit den anderen die sich vom Morgengrauen erhellenden Abhänge empor? Nein — er hatte seine jungen Jahre gezählt: achtzehn, neunzehn, zwanzig. Und dann, dann als die Jahnst der Menge in dem beginnenden Morgen ertrant, als die Blut des Holzstoßes an der Kühle des verfludeten Tages starb, da war er sich wild in das Gras, abseits von allen, und meinte und preßte die Fäuste auf das tobende Herz. Er wollte über das sterbende Feuer springen und hatte es nicht gewagt: Blut und Flammen trieben ihn zurück. Das war ihm nicht gelungen, und zwanzig junge Jahre wollte er an ein größeres Feuer geben, an das Feuer, das in ihnen brannte, in das sie eingehüllt waren, wie in einen brennenden Mantel? Wahrhaftig: das Mädchen hatte er lieb, und sie gab ihm doppelt zurück aus ihrem Herzen, was er von dem feinen brachte. Er aber wußte: sie würden vergehen in dem großen Brand, der heiß und mächtig aus ihnen schlug. Ihr Leben würden sie hingeben, ehe es erfüllt war — gelebt war. Nein, nein und nochmals nein! Mit der Faust hieb er sich auf das Herz, daß er schmerzhaft aufschrie. Und dann rann er davon, durch die Schlucht hindurch, an den Zeiten vorbei, zum Ufer hin. Da riß er sich die Kleider vom Leibe und tat sie in seinen Brautbeutel, den er sich um die Hüften band. Drüben — am anderen Ufer — würden sie trocken im Sonnenlicht. Das erhob sich gerade über dem Wasser und gligerte mit goldenem Licht, tausendfach gebrochen durch die Wellen. Er brach durch das Schilf und schwamm durch Licht und Wasser zum anderen Ufer hinüber. Die Wellen spülten ihm Tränen und Erinnerung hinweg. Das Ufer stand aber in grüner, goldener Pracht und lachend barg er das befreite Herz an seinem Saum, der die Grenze des neuen Lebens war.

Wie die Schulsferien entstanden. Regelmäßige Schulsferien in der Art, wie sie jetzt bestehen, gab es in früheren Jahrhunderten in keinem Lande. Wohl erhielten die Kinder in den Schulen von Zeit zu Zeit einmal einige Tage frei, aber diese Freizeit war meistens in das Belieben der Schulleiter gestellt und dort, wo von Landesbehörden schon solche Freizeiten festgesetzt waren, hielten sich diese in sehr engen Grenzen. Man war noch allgemein der Ansicht, daß die Kinder durch längere Ferien nur lernunlustig würden. In den meisten Städten richteten sich die wenigen freien Schultage nach den örtlichen und kirchlichen Interessen. Fast durchweg bestand der Brauch, den Kindern während der Zeit, in der der Jahrmarkt abgehalten wurde, zwei bis drei Tage frei zu geben. Einige freie Tage wurden weiter zugestanden am Erntedankfest, zur Kirchweih und während der Jagdschloßergnügungen. Aus manchen alten Verordnungen läßt sich weiter ersehen, daß die schulfreien Tage mehr zur Erholung der Lehrer als zu der der Kinder eingeführt waren. Eine einheitliche Ordnung der Schulsferien wurde erst im vergangenen Jahrhundert eingeführt.

Pflanzen als Gartenwächter. Die Sonnenblumen, die in so vielen Gärten mit ihren riesigen Blüten prangen, dienen durchaus nicht nur zum Schmuck und geben auch nicht nur in ihren Körnern ein gutes Hübnerrutier, sondern sie gelten auch als ein treffliches Mittel gegen die Kartoffelkrankheit. So gibt es manche Pflanzen, die im Garten zum Schutz und zur Wacht gleichsam angestellt werden. Ist ein Garten oder ein Feld sehr von Disteln geplagt, die Jahr für Jahr als Wucherpflanzen die Ertragnisse verringern, dann soll man Kaps säen, der die Disteln vernichtet. Hanf ist gut gegen alle Arten von Riefeln, die als Unkraut aufschließen. Die sogenannte Castorböhne wird in England angepflanzt, weil kein Tier sie anzurühren wagt und auf diese Weise die Raufwürmer von den Beeten ferngehalten werden.

Funkelmann und Sohn.

Erzählung einer Mutter von A. I. Awertichenko.

Nach im vorigen Jahr bemerkte ich, daß mein Sohn bleich und nachdenklich geworden war. Und es ist nicht gut, wenn ein jüdischer Junge nachdenklich wird. Oder meinen Sie vielleicht, daß mir zu meinem Wohlbedinben gerade noch eine polizeiliche Hausfuchung fehlt? —

— Rotja — sage ich — Rotja, mein Sohn: warum ist dir so mies?

Da sieht er mich an und sagt:

— Was heißt mies? Mir ist überhaupt nicht mies.

— Rotja, du wirft mir nichts vorreden. Ich sehe es ja . . .

— O Mutter — sagt er — laß mich in Ruh. Bald habe ich die Keisefreudungen und außerdem habe ich meine eigenen Fragen.

Schöne Geschichte! . . . Wenn ein jüdischer Junge Fragen bekommt, dann hat auch der Herr Polizeiaufseher keine ruhige Nacht mehr.

— Rotja, was nügen dir diese Fragen? Konntst du sie anziehen oder essen wie ein Butterbrot? — Fragen, Fragen . . . Dein Vater ist 46 und er hat von deinen Fragen noch nichts gerochen. Du meinst, das ist schlecht? Dein Vater kann sich schon sehen lassen.

Gibt es ein zweites Galanteriewarengeschäft wie das von Jakob Funkelmann? Er kommt sehr gut ohne deine Fragen aus. Er hat sogar überall im Laden kleine Schilder aufgehängt: „prig sit“.

— Wama, du störst mich. Ich lese . . .

Er liest . . . Das bedeutet, daß er die leibliche Mutter nicht mehr anhören kann. Vielleicht bin ich demethalben zwelunddrtzigmal schöniger gewesen, und du steckst deine Nase in ein Buch und meinst, du bist so geschick, wie der Rabbiner. Ein Wunderkind . . .

Ich sehe, mit Rotja ist nicht alles richtig.

— Rotja, was hast du vor?

— Nichts hab ich vor. Aber du kannst mich in Ruhe lassen.

— Was liest er nur? . . . O, glaubt nicht, daß ein Mutterherz aus Stein ist, aber ich hab's ja gewußt . . . Die Memoiren des Fürsten Kropotkin . . . Er wird ausgerechnet krank, wenn er sie nicht liest . . . Schmeiß das Buch weg.

— Mutter, belästige mich nicht, belästige ich dich vielleicht?

Das fehlte noch, daß er die eigene Mutter belästigte, der Grinßkopf, der efflige . . . Das traf mein Herz wie ein Stein, und dann bin ich jogleich gelaufen. Wohin, meinen Sie, bin ich gelaufen? . . . Natürlich!

— Jakob, laß einmal deine Hemden in Ruh. Oder glaubst du, sie werden fortlaufen? Er muß jetzt unbedingt die Hemden umlegen . . .

— Was ist los?

— Du solltest dich lieber um Rotja kümmern.

— Na, und?

— Ist es nötig, daß er Kropotkin liest?

— Na, und?

— Jakob, mach keine Fragen . . . Wilst du, daß sie bei uns Hausfuchung machen?

— Na, und?

Das ist kein Mensch, das ist ein Dummkopf. Auch er muß mir noch den Kopf schwer machen.

— Vielleicht paßt es dir, daß dein Sohn ins Gefängnis kommt?

Einen andern Platz hast du nicht für ihn? Komm gleich nach Hause.

Was, meinen Sie, tat dieser Rotja, als wir nach Hause kamen? Er laß die Memoiren des Fürsten Kropotkin . . .

— Rotja — schreit Jakob — schmeiß das Buch weg.

— Werden Sie es aufheben? — fragt er.

— Schmeiß es weg oder ich schlage dir eine in dein Ehwerk.

— Dann vergiste ich mich . . .

Das nennt sich „Fragen“.

— Daß dich der Böse holt! Du hältst mehr von einem Buch als von deiner Mutter? Wer hat dich geboren: deine Mutter oder Kropotkin?

— Wer weiß — sagte der Bengel — ob ich nicht durch ihn zum zweiten Male geboren werde.

Beh mir! . . . Ich weinte, Jakob weinte, und auch Rotja weinte . . . Eine richtige Mascherade . . .

Wir gingen mit Jascha ins Schlafzimmer und sahen einander an.

— Ein nettes Bürschchen, was? Er sollte noch mit dem Finger in der Nase bohren, und er liest Kropotkin . . .

— Na, und?

— Jascha, weißt du was? Wir müssen unsern Jungen retten. So kann es nicht länger bleiben.

Darauf sagte Jascha zu mir:

— Wie soll ich ihn retten? Soll ich ihn in die Zähne schlagen? Dann vergistet er sich.

— Wie du nur immer so rasch aufs Schlagen bist. Ein intelligenter Mensch und spricht wie ein Räuber. Du bist zu faul, um deines Kindes wegen dein Hirn zu beschäftigen. Denke!

Jascha setzte sich nieder und begann zu denken. Ich tat dasselbe. Ein Kopf ist gut, und zwei Köpfe sind besser. Wir dachten, daß uns heiß wurde.

— Jascha!

— Na, und?

— Weißt du, wir müssen unser Kind auf andere Gedanken bringen.

— Wie geschick du bist . . . Auf andere Gedanken bringen . . .

Womit? Soll ich ihn in die Zähne schlagen?

— Etwas Besseres kannst du wohl nicht, Rotjas Zähne sind dein Ideal. Er ist ein aufgeweckter Junge. Vielleicht soll er sich verlieben, was?

— Bist du ein gemiales Weib! . . . In wen soll er sich verlieben?

— Na, er muß nur einmal in die Welt hinaus. Geh mit ihm ins Kino oder sonst wohin. Konntst du mit ihm nicht in ein Restaurant gehen?

— Schöne Geschichte: ich als Lehrer! Bin ich einmal in einem Restaurant gewesen? Weiß ich, wie man dort die Tür aufmacht?

— Nach keine Fragen. Vielleicht sagst du noch, daß Rotja ein fremdes Kind ist, daß es nicht dir, sondern Kropotkin gehört, was? So ein großer Lummel und weiß nicht, wie man einem Kinde die Zeit kurz macht.

Also Jascha ging zu Rotja und fing an:

— Rotja, sei uns nicht böse. Komm mit deinem Vater auf eine kleine Promenade. Du weißt, ich liebe dich, und du siehst so bleich aus.

Wissen Sie, Rotja hatte allerhand Ausflüchte: seine Beine taten ihm weh, er wollte das Kapitel zu Ende lesen . . .

— Bist mir ein schönes Kind . . . Beim Bücherlesen weißt du überhaupt nicht, ob du Beine hast, und wenn dein Vater einmal mit dir ausgehen will, dann . . . Nun, Rotja, wo ist deine Mühe?

Rotja tat etwas Weinerlich, aber er ging. (Schluß folgt.)

